

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe

Wortprotokoll der 15. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 20. Juni 2022, 11:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.300

Vorsitz: Norbert Altenkamp, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Punkt der Tagesordnung **Seite 6**

Öffentliche Anhörung zum Thema:
Völkermord an den Jesiden



Geladene Sachverständige

Gohdar Alkaidy

Co-Vorsitzender der Stelle für Jesidische Angelegenheiten in Berlin

Prof. Dr. Florian Jeßberger

Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Juristische Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin

Yilmaz Kaba,

Journalist, NAV-YEK - Zentralverband der Êzîdîschen Vereine in Deutschland e.V.

Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan

Professor für Soziale Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und Leiter des Institute for Transcultural Health Science - Institut für transkulturelle Gesundheitsforschung

Dr. Irfan Ortaç

stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Jesiden in Deutschland

Christian Ritscher

stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen und Leiter des Ermittlungsteams zur Förderung der Rechenschaftspflicht der für von Da'esh/ISIL begangenen Verbrechen UNITAD

Hakeema Taha

Zeitzeugin

Düzen Tekkal

Gründerin & Geschäftsführerin von HÁWAR.help gemeinnütziger e.V.



Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Völkermord an den Jesiden“ am 20. Juni 2022

(Strafrechtliche) Aufarbeitung

Ist aus juristischer Sicht der Straftatbestand des Völkermords an den Jesid*innen im Falle der Gräueltaten der IS seit dem Jahr 2014 in der nordirakischen Stadt Sinjar erfüllt und falls ja, auf welche nationale und internationale Rechtsprechung lässt sich die Anerkennung dieses Völkermords stützen? Was kann die Strafjustiz durch die Anerkennung eines Völkermords in diesem Falle für die Aufarbeitung des Völkermords, aber auch für die Versöhnung und die Herstellung der Gerechtigkeit leisten? (SPD)

Mittels welcher Verfahren konnten bislang Indizien gesammelt werden, die den Völkermord an den Jesiden im Sinne der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen nachweisen und liegen gleichfalls Beweise dafür vor, dass weitere religiöse Minderheiten wie z. B. Christen, Schabak, Mandäer u. a. vom sog. Islamischen Staat ausgelöscht werden sollten? (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten hat eine multi-ethnische und multi-religiöse konflikt sensible Aufarbeitung des Genozids an den Jesid*innen mit und für Überlebende und ihre Angehörigen, um ihnen (juristische) Gerechtigkeit für die an ihnen vom IS verübten genozidalen Verbrechen zuteilwerden zu lassen und um ihnen auf diese Weise ein Stück weit zu einem würdevollen selbstbestimmten Leben zu verhelfen und welche Unterstützung kann die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag dazu leisten? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verantwortung und Rolle kommt insbesondere der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und Verantwortung in der internationalen Staatengemeinschaft bei der Aufarbeitung des Genozids an den Jesid*innen zu und wie kann eine feministische Außenpolitik Mädchen und Frauen in ihrer Rolle als agents of change in der Region vor Ort und in der internationalen Gemeinschaft stärken und befähigen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jahre nach dem Genozid am jesidischen Volk wurden der Völkermord, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen nach wie vor nicht oder lediglich mangelhaft aufgearbeitet. Zwar stellt der Prozess am OLG Frankfurt auf Basis des Weltrechtsprinzips einen Meilenstein in dieser Hinsicht dar, nichtsdestotrotz bleibt ein Großteil der Täter*innen ungestraft. Gleichzeitig verdeutlicht der Fall, dass Verfahren nach dem Weltrechtsprinzip überaus aufwendig und eine rechtliche Herausforderung sind. Was können/müssen Deutschland und die internationale Gemeinschaft tun, um zu begünstigen, dass in Zukunft weitere Verfahren dieser Art angestoßen werden und um insgesamt der Straflosigkeit in diesem konkreten Fall entgegenzuwirken und die Täter*innen zur Rechenschaft zu ziehen? (FDP)



Folgen der Anerkennung der Verbrechen als Völkermord

Was bedeutet eine mögliche Anerkennung des Völkermords an Jesiden*innen für die jesidische Gemeinde in Deutschland, für die Aufarbeitung des Völkermords, die Versöhnung, die Herstellung von Gerechtigkeit und das friedliche Zusammenleben in Deutschland? Was erwartet die jesidische Gemeinde in Deutschland von der Politik, um zukünftige Verbrechen wie den Völkermord an den Jesid*innen zu verhindern? (SPD)

Welche wesentlichen Auswirkungen messen Sie der breiten internationalen Anerkennung der durch den sog. Islamischen Staat verübten brutalen Verbrechen an der religiösen Minderheit der Jesiden als Völkermord im Hinblick auf die Opfer, die Täter und deren Strafverfolgung sowie die Eindämmung der Gefahr zukünftig drohender Völkermorde bei? (CDU/CSU)

Was sind die rechtlichen Konsequenzen und politischen Auswirkungen einer Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden durch den Bundestag? (AfD)

Unterstützung für die Opfer

Im Rahmen des vom IS verübten Genozids wurden tausende von jesidischen Frauen und Mädchen vergewaltigt, versklavt oder verkauft. Befreite Frauen, die von den Terroristen vergewaltigt wurden und häufig in Folge dessen Kinder bekommen haben, wurden oftmals von ihren Familien verstoßen. Viele von ihnen leiden noch heute unter den traumatischen Erfahrungen; in vielen Fällen sind die Betroffenen erst Jahre später offen für eine psychotherapeutische Betreuung. Welche Möglichkeiten und Anlaufstellen gab es zum einen und gibt es zum anderen auch Jahre nach dem Völkermord (in Anlehnung an frühere Initiativen - s. z.B. das Projekt „Sonderkontingent für besonders schutzwürdige Frauen und Kinder aus dem Nordirak“) auf deutscher und internationaler Ebene, um diese Opfer bedarfsgerecht bei der Bewältigung ihrer Traumata zu unterstützen? (FDP)

Kontext der Verbrechen und politische Schlussfolgerungen

Was sind die kulturellen, religiösen und politischen Hintergründe, dass die Jesiden aus ihrem historischen Kernsiedlungsgebiet im Nordirak ausgelöscht oder vertrieben werden sollten? (AfD)

Welche Einflussfaktoren haben den Terror des so genannten Islamischen Staates und ideologisch mit ihm verwandter Kräfte im Irak und in Syrien bedingt und welche diesbezügliche politische Verantwortung kommt den westlichen Industrienationen und insbesondere der deutschen Bundesregierung zu? (DIE LINKE.)

Welche Bedingungen müssten in der Region des Nahen und Mittleren Ostens geschaffen werden, damit ein erneutes Erstarken radikaler Kräfte wie des so genannten Islamischen Staates verhindert wird, und in welcher Hinsicht sollten die deutsche Bundesregierung und die EU ihre bislang verfolgte Politik ändern, um dort nachhaltige gesellschaftliche und politische Stabilität zu befördern? (DIE LINKE.)



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Engelhardt, Heike Funke, Fabian Keller, Rainer Johannes Schwabe, Frank Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Castellucci, Dr. Lars Dieren, Jan Heinrich, Gabriela Hennig, Anke Nasr, Rasha Özoguz, Aydan
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Geissler, Dr. Jonas Weiss (Wesel I), Sabine	Brehm, Sebastian Brodesser, Dr. Carsten Hoppermann, Franziska Lips, Patricia Winkelmeier-Becker, Elisabeth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris Walter-Rosenheimer, Beate	Khan, Misbah Pahlke, Julian Taher Saleh, Kassem
FDP	Alt, Renata Heidt, Peter	Lambsdorff, Alexander Graf Lechte, Ulrich
AfD	Braun, Jürgen Sichert, Martin	Friedhoff, Dietmar Rinck, Frank
DIE LINKE.	Nastic, Zaklin	Al-Dailami, Ali



Einziger Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung zum Thema: Völkermord an den Jesiden

Der **stv. Vorsitzende**: Guten Morgen in die Runde. Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir pünktlich starten können, weil wir auf die drei Stunden limitiert sind und ich denke, dass wir die drei Stunden sicherlich auch komplett ausnutzen möchten. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, ich eröffne hiermit die 15. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und begrüße Sie alle ganz herzlich, in Stellvertretung unserer Ausschussvorsitzenden Renata Alt. Ich darf hier heute die Sitzungsleitung haben, zu der öffentlichen Anhörung zum Thema „Völkermord an den Jesiden“. Ganz besonders begrüße ich natürlich unsere Sachverständigen: Gohdar Alkaidy, Co-Vorsitzender der Stelle für Jesidische Angelegenheiten in Berlin, Professor Dr. Florian Jeßberger, Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Juristische Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Herrn Yilmaz Kaba, Journalist, Zentralverband der Êzîdîschen Vereine in Deutschland e.V., Professor Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan, Professor für Soziale Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und Leiter des Instituts für transkulturelle Gesundheitsforschung, Dr. Irfan Ortaç, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Jesiden in Deutschland, Christian Ritscher, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen und Leiter des Ermittlungsteams zur Förderung der Rechenschaftspflicht der für von Da'esh/ISIL begangenen Verbrechen UNITAD, Hakeema Taha, Zeitzeugin, und Düzen Tekkal, Gründerin und Geschäftsführerin von HÁWAR.help gemeinnütziger e.V. Ich begrüße ganz besonders auch die Mitglieder des Menschenrechtsausschusses, aber auch die Kolleginnen und Kollegen anderer Ausschüsse, die hier im Saal anwesend oder zugeschaltet sind. Des Weiteren begrüße ich die zahlreichen Gäste auf der Galerie und diejenigen, die hier keinen Platz gefunden haben, begrüße ich im Raum E 032, wo das Ganze auch mitverfolgt werden kann. Ich bitte Sie gleichzeitig, für den ungestörten Sitzungsablauf nun das Fotografieren einzustellen und bitte auch ausdrücklich, die

Handys auf der Galerie während dieser Anhörung nicht zu benutzen. Dies ist nach unseren Regularien verboten. Die Anhörung ist öffentlich, das möchte ich betonen. Sie wird live im Parlamentsfernsehen übertragen und selbstverständlich in der Mediathek im Anschluss zur Verfügung gestellt. Es wird ein Wortprotokoll angefertigt, das auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Dort wurden auch heute Vormittag die Stellungnahmen der Sachverständigen veröffentlicht, die zugestimmt haben. Ich möchte auch ausdrücklich betonen, dass nicht nur die Mitglieder des Ausschusses hier ein Rederecht haben, sondern auch die Mitglieder der anderen Fachausschüsse, die entsprechend anwesend sind. Zum Ablauf haben sich die Obleute in dem Gespräch am 6. April 2022 wie folgt verständigt: Die Sachverständigen werden zunächst Gelegenheit haben, in alphabetischer Reihenfolge ein Eingangsstatement von drei Minuten zu halten. Daran schließt sich die erste Frage- und Antwortrunde in der Reihenfolge SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und DIE LINKE. an. Es können jeweils zwei Fragen innerhalb von zwei Minuten an zwei Sachverständige gestellt werden. Das Zeitkontingent in der ersten Fragerunde beträgt zwei Minuten. Die Sachverständigen haben dann Zeit, innerhalb von insgesamt vier Minuten zu antworten. Dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir ein kleines technisches Problem haben: Ich sehe die Uhr, Sie sehen sie nicht. Sie werden aber einen kleinen Gong hören und ich bitte, sich dann auch entsprechend zu verhalten. Ansonsten werde ich Sie natürlich freundlich aber bestimmt auf das Ende der Redezeit hinweisen. Gibt es weitere Fragen zum Regularium? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann können wir mit der Anhörung beginnen. Beginnen wird Herr Alkaidy mit drei Minuten. Bitteschön, Sie haben das Wort.

SV Gohdar Alkaidy: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger und Freunde, die so zahlreich erschienen sind. Vorab möchte ich mich heute bei Ihnen aus ganzem Herzen dafür bedanken, dass Sie die Anerkennung des Völkermords an den Jesiden heute hier thematisieren. Ich kann kaum in Worte fassen,



wie bedeutsam dies für alle Jesiden, jesidischen Gemeinden, Gemeinschaften auf der Welt ist. Bereits am 14. Februar 2022 habe ich vor dem Petitionsausschuss des Bundestages von der großen Hoffnung der Jesidinnen und Jesiden berichtet, dass die Bundesrepublik endlich den Völkermord und somit auch ihr Leid anerkennt. Ich kann Ihnen heute berichten, dass die Sitzung des Petitionsausschusses damals gebannt verfolgt wurde – von Jesidinnen und Jesiden auf der ganzen Welt, darunter auch viele Überlebende des Völkermords und Angehörigen der zahlreichen Opfer. Mich erreichen seitdem auch unzählige Nachrichten und Anrufe von Jesidinnen und Jesiden aus Deutschland, wo mittlerweile die größte jesidische Diasporagemeinde beheimatet ist. Alle drücken ihre große Hoffnung auf eine Anerkennung des Völkermords durch die Bundesrepublik Deutschland aus. Ich darf Sie, sehr verehrte Damen und Herren, daher heute darauf hinweisen, dass auch heute wieder Jesidinnen und Jesiden weltweit hoffnungsvoll auf diese Sitzung blicken – darunter auch Menschen, die selbst Opfer dieser Gewalt wurden und bis heute physisch und psychisch verwundet sind; darunter Menschen, die seit 2014 verzweifelt nach ihren verschleppten und in die Sklaverei verkauften Müttern, Schwestern und Töchtern suchen; darunter auch Menschen, deren Angehörige ermordet und in Massengräbern verscharrt wurden. Ich bitte Sie daher im Namen aller jesidischen Gemeinschaften in Deutschland und als Stimme aller für immer verstummten Jesiden darum, sich Ihrer großen Verantwortung bewusst zu sein. Wir Jesiden vertrauen auf Deutschland, dass wir nicht umsonst hoffen. Doch die Jesidinnen und Jesiden sind nicht die Einzigen, die heute gebannt auf diesen Ausschuss schauen. Auch die Täter des Völkermords an den Jesiden, die Terroristen des IS und seine Unterstützer verfolgen das Vorgehen der Bundesrepublik genau. Viele von ihnen sind bis heute unbehelligt und ungestraft. Sie fürchten, dass eine Anerkennung durch Deutschland dazu führen wird, dass ihre grausamen Taten schonungslos aufgedeckt und ihre brutalen Verbrechen entsprechend bestraft werden. Sie fürchten sich vor juristischer Aufarbeitung und vor Gerechtigkeit, auf die wir Jesiden seit Jahren vergeblich hoffen. Ich bitte Sie daher im Namen aller jesidischen Gemeinschaften auch deshalb

darum, sich Ihrer großen Verantwortung bewusst zu sein. Wir Jesiden vertrauen auf Deutschland, dass die Täter sich zu Recht fürchten und wir Jesiden zu Recht hoffen. Bevor ich zum Ende komme, möchte ich Karim Khan, den ehemaligen Leiter des Ermittlungsteams der UNITAD zu Kriegsverbrechen der Terrormiliz zitieren: „Ich kann Ihnen mitteilen, dass es auf der Grundlage unabhängiger und unparteiischer Untersuchungen, den internationalen Standards und den bewährten Praktiken der UNO entsprechende klare und überzeugende Beweise dafür gibt, dass die Verbrechen gegen das jesidische Volk eindeutig einen Völkermord dargestellt haben. Die Absicht des IS, die Jesiden physisch und biologisch zu vernichten, zeigte sich in dem Ultimatum, dass in so vielen verschiedenen Dörfern im Irak gestellt wurde, zu konvertieren oder zu sterben.“ Ich bitte Sie daher im Namen aller Jesidinnen und Jesiden, im Namen der Gerechtigkeit und im Namen aller Opfer von Völkermord, die grausamen Verbrechen des IS gegen das jesidische Volk im Irak endlich als Völkermord anzuerkennen. Vielen Dank.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank für die eindrücklichen Schilderungen. Jetzt erteile ich das Wort Professor Dr. Florian Jeßberger.

SV Prof. Dr. Florian Jeßberger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einladung. Vier Bemerkungen möchte ich vortragen. Erstens: das Thema der Anhörung rückt den Begriff des Völkermordes in den Mittelpunkt. Der Begriff ist nicht nur in besonderer Weise mit der deutschen Geschichte verbunden, er wird auch je nach Kontext mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Es lassen sich im Wesentlichen zwei Begriffe des Völkermordes unterscheiden – ein juristischer und ein politisch-historischer. Letzterer bezieht sich auf die massenhafte Begehung von Gewalttaten gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe und markiert den ultimativen Tabu- und Zivilisationsbruch. Der juristische Begriff des Völkermordes ist dagegen zugleich enger und weiter – Einzelheiten führe ich gerne aus. Zweitens: Es ist gut dokumentiert, dass im August 2014 Angehörige des sogenannten Islamischen Staates die nordirakische Region Sinjar überfielen und Tausende der dort



ansässigen Jesidinnen und Jesiden ermordeten, vergewaltigten, verschleppten und versklavten. Diese Taten lassen sich als Völkermordtaten juristisch einordnen, wobei die strafgerichtliche Verurteilung jeweils den Nachweis im Einzelfall voraussetzt, dass der Täter über die erforderliche Zerstörungsabsicht verfügt. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat diese Feststellung jüngst in einem Verfahren gegen ein Mitglied des sogenannten Islamischen Staates getroffen und den Angeklagten unter anderem wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Entscheidungsgründe liegen noch nicht vor. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Ob der Bundesgerichtshof die Verurteilung wegen Völkermordes bestätigen wird, bleibt abzuwarten. Drittens: Mir ist es wichtig, hervorzuheben, dass sich die hier in Rede stehenden Vorgänge nicht nur als Völkermordtaten und Kriegsverbrechen einordnen lassen, sondern auch und gerade als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Insbesondere können die gegen die jesidischen Frauen und Mädchen begangenen Taten als Menschlichkeitsverbrechen der Verfolgung aus Gründen des Geschlechts, als Menschlichkeitsverbrechen der Versklavung und als Menschlichkeitsverbrechen der sexuellen Sklaverei bewertet werden. Ich halte es für wichtig, durch diese juristische Bewertung die besondere geschlechtsbezogene und sexualisierte Dimension der Verbrechen zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Gesichtspunkt sexueller Sklaverei werden die Taten vom geltenden deutschen Recht zurzeit nur unzureichend erfasst. Viertens: Die strafjuristische Aufarbeitung durch Strafverfolgung und Aburteilung in einem rechtsförmigen und fairen Verfahren kann einen wichtigen Baustein der Verarbeitung von staatlichem und nichtstaatlichem Systemunrecht darstellen. Zur Aufarbeitung der hier in Rede stehenden Verbrechen kann auch Deutschland einen Beitrag leisten. Die Zuständigkeit der deutschen Strafjustiz ergibt sich unter dem Gesichtspunkt des Weltrechtspflegegrundsatzes unabhängig vom Bestehen eines Inlandsbezuges der Tat. Auch durch die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und die Unterstützung der Ermittlungen und Verfolgung der Taten im Ausland, insbesondere im Irak, kann

Deutschland sich an der Aufarbeitung beteiligen. Eine Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes für die Ereignisse im Nordirak ab 2014 besteht dagegen nicht und lässt sich voraussichtlich in absehbarer Zeit auch nicht begründen. Vielen Dank.

Der stv. Vorsitzende: Herzlichen Dank. Nun erteile ich Herrn Yilmaz Kaba das Wort.

SV Yilmaz Kaba: Sehr geehrte Vertreter des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, sehr geehrte geladene Sachverständige. Gerne möchte ich zu Beginn meiner Stellungnahme erwähnen – auch wenn dieser wichtige Ausschuss die Anerkennung nicht beschließt, aber wir die Möglichkeit haben, hier über den Genozid zu sprechen –, dass das Vorhaben der Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden ein richtiger und wichtiger Schritt für den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte ist. Wir haben eine große Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Mit- und Zwischenmenschlichkeit. Dies gilt ganz besonders für Deutschland, da die meisten Jesiden außerhalb ihrer ursprünglichen Heimat hier in diesem Lande leben. Für die Jesiden, die am stärksten betroffene und bedrohte Glaubensgemeinschaft, ist die Anerkennung des Völkermordes ein zentrales Thema. Der Völkermord an den Jesiden ist allgegenwärtig und begleitet ihre Glaubensgemeinschaft in jeder Hinsicht – leider vor allem im Negativen. Besonders erschüttert hat die Jesiden, dass der IS ohne jegliche Gegenwehr agieren konnte. Wir, die wir unter anderem im NAV-YEK, dem Zentralverband Jesiden organisiert sind, befürworten die Anerkennung des Völkermordes, aber nicht nur wir, sondern viele unserer befreundeten Glaubens- und Religionsgemeinschaften sowie Bevölkerungsgruppen, die auch tatkräftig mit ihren Mitgliedern die Petition zur Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden unterstützt haben. Ich war vor zwei Wochen als Mitglied einer Friedensdelegation im Norden des Iraks unterwegs. Dort habe ich mit vielen Vertretern politischer Parteien, Organisationen, Fraktionen aus dem Regionalparlament in Kurdistan, mit



Gesellschafts- und Wirtschaftsexperten gesprochen. Wir hatten auch die Möglichkeit, mit Vertretern aus Rojava, sprich der Vertretung der Selbstverwaltung aus Nord- und Ostsyrien, zu sprechen. Das erwähne ich hier bewusst, weil sie uns viel über den IS und dessen Netzwerke sowie deren Brutstätten erzählen konnten. Ich möchte keine Ängste schüren, aber die Realität ist, dass die große Gefahr besteht, dass der IS stärker denn je erneut die Region terrorisieren wird. Ein weiteres wichtiges Treffen war das mit den Vertretern der Jesiden in der Region. Sie beklagten vor allem, dass bisher die Aufarbeitung des Völkermords von Seiten der Regionalregierung Kurdistans und auch der Zentralregierung in Bagdad nicht stattgefunden hat. Die Um- und Zustände, in denen die Jesiden leben und überleben müssen, sind dramatisch. Sie sind alles andere als menschenwürdig, ganz im Gegenteil, sie sind menschenverachtend. Die meisten Jesiden leben in Geflüchtetenlagern und das seit acht Jahren – ohne jegliche Perspektive. Die Rückkehr nach Shingal wird ihnen in vielen Hinsichten erschwert. Und diejenigen, die in Shingal und Umgebung verblieben sind, sind immer wieder durch militärische Angriffe bedroht. Die Jesiden fühlen sich immer noch allein gelassen, vor allem im großen Pool der Regionalpolitik. Die Jesiden werden ohne Einbeziehung zum Spielball politischer Absichten und Interessen. Deswegen schauen die Jesiden vor allem auch auf die internationale Politikbühne und versuchen hier Fuß zu fassen. Aber sie wissen ganz genau, dass der Dialog mit den Kräften und Akteuren vor Ort auch wichtig und richtig ist. Ich könnte noch mehr von meiner Reise berichten, aber darauf können wir im Nachhinein, auch auf Rückfrage, noch einmal eingehen. Nun möchte ich ganz kurz auf die Fragen der Fraktion eingehen, die mich eingeladen hat. Es geht einmal um die politische Verantwortung der westlichen Industrienationen bei der Entstehung des Islamischen Staates.

Der stv. Vorsitzende: Herr Kaba wir können das sicherlich gleich noch machen – die Fragen werden noch einmal konkretisiert. Und dann gibt es die Möglichkeit der Antwort. Vielen Dank.

SV Yilmaz Kaba: Vielen Dank.

Der stv. Vorsitzende: Ich erteile nun Herrn Professor Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan: Vielen Dank Herr Vorsitzender. An dieser Stelle möchte ich erst einmal die Personen benennen und ihnen danken, die diese Petition überhaupt ermöglicht haben – das sind Herr Alkaidy und Herr Huch. Aufgrund dessen sind wir auch heute hier. Ich bin seit 2017, 2015, 2014 im Irak und leite dort ein Institut für Psychotraumatologie und Psychotherapie, das heißt sowohl mein Team als auch meine Studenten behandeln in den IDP-Camps täglich auch heute die Folgen und Aufarbeitung des Traumas in der Psychotraumatologie. Ich habe selbst 2015 1.403 überlebende Frauen persönlich gesehen, gesprochen. Das Grauen ist unvorstellbar. Es ist ein Attentat, ein Anschlag auf das Verstehen der Menschlichkeit des Menschen. Es verändert das Gehirn und die Strukturen, das Verstehen. Die Menschen haben täglich Angst. Sie wissen nicht, ob der IS wieder kommt. Sie schreien in der Nacht, auch in den Flüchtlingscamps. Die Kinder haben dort ihre Sprache verloren, ihre Identität zum Teil, die sie aus Shingal mitgebracht haben. Eine Perspektive ist notwendig, wenn man Trauma verarbeitet. Ansonsten erinnert man sich tagtäglich. In verschiedenen Ängsten geht man in die Vergangenheit und die Vergangenheit ist 2014, 2015, 2016 und sie ist nichts anderes, als der Horror, den die Menschen mitgebracht haben. Das andere ist die sexualisierte Gewalt einer patriarchalen Gesellschaft, in der systematisch junge Mädchen, Frauen vergewaltigt wurden. Das war nicht nur eine Form der Vergewaltigung, wie wir sie vielleicht in Bosnien, in Ruanda erlebt haben – junge Frauen wurden durch islamische Frauen der IS-Kämpfer vergewaltigt, mit dem Ziel, sie zum Islam zu konvertieren. Also, da ging es nicht nur um eine Gewalt gegen Frauen, sondern um ein Waffe, um die Menschen zu demütigen. Es ging zugleich auch darum, die Gesellschaft zu demütigen. Wir haben Überlebende von Verwandten gesprochen, deren Väter und Brüder live miterleben mussten, wie ihre Frauen und Töchter vergewaltigt wurden und die sich danach selbst das Leben genommen haben, weil die Situation so unerträglich war. Nun zu der Frage der Systematik. Ich habe inzwischen mehr als 2.400 Frauen selber dort gesehen – bin also auch



Zeitzeuge dieses Geschehens – und sie beschreiben eindeutig – und da wird auch Herr Ritscher sicherlich darüber noch berichten – in welcher Systematik sie in den Dörfern ihr Gold, ihr Hab und Gut einsammelten. Es erinnert uns an den Holocaust des Nazi-Regimes 1944/45. Sie wurden aufgeteilt – ihre Frauen, ihre Mädchen, junge Mädchen, die nicht verheiratet waren, ihre Männer, die Masseexekutionen durchlebt haben. Dies ist ein Teil des transgenerationellen Traumas der Jesiden, die seit 800 Jahren durch den radikalen Islam immer wieder eingeholt werden. Wir sprechen hier von einem kollektiven Trauma. Die Frage ist, ob die Jesiden das tatsächlich überleben. Unsere Studien zeigen – auch in den Holocaustforschungen –, dass das nach vier Generationen folgt. Das heißt, dass die Jesiden weiterhin mit diesem Trauma leben werden. Insofern bitte ich Sie, den Genozid anzuerkennen, um sie zu würdigen und die Toten zu ehren. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt erteile ich Dr. Irfan Ortaç das Wort.

SV Dr. **Irfan Ortaç**: Vielen Dank für die Einladung. Sehr geehrter Herr Altenkamp, meine sehr geehrten Damen und Herren. Meine Vorredner haben aus unterschiedlichen Perspektiven dargelegt, warum es notwendig ist, den Genozid an den Jesiden in Shingal auch als solchen anzuerkennen. Selbstverständlich werde auch ich nichts anderes sagen, als Sie zu bitten, dem Bundestag die Anerkennung zu empfehlen. Heute sind meine Gedanken insbesondere bei den Familien derer, die aufgrund des Genozid ihr Leben gelassen haben. Stellvertretend für viele sitzen einige von ihnen im Saal. Sie alle sind die Anführer ihres Volkes in Shingal. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, um mich heute herzlich bei allen jesidischen Aktivisten und ihren Freunden zu bedanken. Seit nahezu acht Jahren gehen sie an die Belastungsgrenzen und darüber hinaus. Sie organisieren humanitäre Hilfe, leisten aktiven Widerstand und sensibilisieren weltweit die Öffentlichkeit. Die Jugend, die Frauen, die Arbeiter, die Akademiker, Arme, Reiche, Gläubige, Nichtgläubige, kurzum alle werden nicht müde, dem Genozid zu trotzen. Sie marschieren zwar unter unterschiedlichen

Flaggen, aber alle mit einem Ziel: die Auslöschung nicht hinzunehmen. Wie bereits schriftlich aufgeführt, möchte ich die Hauptforderung noch einmal benennen. Neben der Anerkennung des Genozid wünschen sich die Shingalis die Unterstützung des Wiederaufbaus von Shingal, damit sie wieder in Würde und Sicherheit leben können. Kein Frieden ohne Gerechtigkeit. Keine Gerechtigkeit ohne juristische Aufarbeitung. Deswegen fordern die Shingalis weltweit, so auch von Deutschland, jeden vor Gericht zu stellen, der an diesem Genozid beteiligt war. Jeder, der sich freiwillig im IS aufgehalten hat, ist ein Teil des Verbrechens. In Shingal haben sich unter anderem die PKK und die Hahdesh Shabi eingenistet. Die PKK rekrutiert minderjährige jesidische Kinder für ihren Kampf. Deswegen fordern die Shingalis unmissverständlich den Abzug dieser Kräfte aus Shingal und fordern stattdessen formal staatliche Strukturen. Schließlich würden wir uns die Schaffung eines Gedenkortes in Deutschland für die Opfer des Genozid wünschen. Wir brauchen einen Ort des Gedenkens. Der Zentralrat organisiert jährlich eine Gedenkveranstaltung und ermöglicht dadurch den Hinterbliebenen ihrer Toten zu gedenken. Dieses Jahr findet sie am 3. August in der Paulskirche in Frankfurt am Main unter der Schirmherrschaft des hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein statt. Wir brauchen eine dauerhafte Lösung, damit nicht nur an einem Tag an die Toten des Genozid gedacht wird. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Hiermit erteile ich das Wort Herrn Christian Ritscher.

SV **Christian Ritscher**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages, vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich bin heute hier als Vertreter der Internationalen Gemeinschaft der Vereinten Nationen, als Leiter des UN-Ermittlungsteams UNITAD, gegründet durch die Gründungsresolution des Weltsicherheitsrates 2379 aus dem Jahr 2017, als innerhalb des Weltsicherheitsrates die Erkenntnis gewonnen wurde, dass die Einrichtung eines solchen Ermittlungsteams zur Aufklärung des Verbrechens des IS im Irak notwendig ist und, wie es heißt, *to*



promote accountability, also um die Verantwortlichkeit zu fördern, die Rechenschaftspflicht zu fördern. Als sich diese Erkenntnis durchgesetzt hat, hat man eben diese Institution aus der Taufe gehoben. Einer der ersten Ermittlungsschwerpunkte von UNITAD war, Ermittlungen zu den Verbrechen von Da'esh/ISIL, wie der IS im internationalen Kontext genannt wird, gegen die religiöse Gruppe der Jesiden im Shingal durchzuführen. Herr Alkaidy hat meinen Vorgänger im Amt, Karim Khan, schon zitiert. Am 19. Mai 2021 wurde der sogenannte *Case-Brief*, der Abschlussbericht der entsprechenden Ermittlungsgruppe, der vorläufige Abschlussbericht, fertiggestellt und dann auch im Ergebnis dem Weltsicherheitsrat vorgestellt. Das Ergebnis dieses *Case-Brief* ist eindeutig. Es heißt, ich darf daraus zitieren: „Die folgenden Kategorien von Akten eines Völkermords des Da'esh gegen die jesidische Bevölkerung wurden verübt: Massenexekutionen von jesidischen Zivilisten, vor allem in Kocho, im Solagh Institut, in anderen Orten, Hardan Junction, Junction between Kaanar und Sinui, Sinui, Solagh, Keni, Sinjar Town und weiterer Orte die Tötung von fliehenden jesidischen Zivilisten, das Einkesseln, um gefangene Jesiden, die geflohen waren, zu töten; die langanhaltende Versklavung und der schwerwiegende Missbrauch von jesidischen Frauen und Mädchen, die schwerwiegende körperliche und mentale Schäden nach sich zogen und oft den Tod; die Überführung von Kindern aus der Gruppe der Jesiden in eine andere Gruppe und Langzeitgefängnisnahme und Tötung von jesidischen Männern und Jungen, die sich geweigert hatten, ihre Religion aufzugeben.“ Ich glaube, das ist an Drastik und Deutlichkeit nicht zu überbieten – auch wenn es in sehr juristische Terminologie gefasst ist, lässt es „nicht zu wünschen übrig“. All das führt dazu, dass UNITAD zu dem eindeutigen Ergebnis gelangt ist, dass der gewohnheitsrechtliche Tatbestand des Völkermords durch das Vorgehen des IS, der IS-Kämpfer gegen die Jesiden im Sinjar und auch im übrigen Irak, soweit der IS vorgedrungen ist, erfüllt ist. Es ist klar, das Ganze wurde bestätigt – es wurde auch schon zitiert – von der Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt. Eine Entscheidung, das darf ich an dieser Stelle noch abschließend sagen, die im Weltsicherheitsrat ausdrücklich begrüßt wurde.

Ich glaube, es ist nicht besonders häufig vorgekommen in den letzten 50 Jahren, dass eine deutsche Gerichtsentscheidung im Weltsicherheitsrat besprochen und begrüßt wurde. Das muss hier deutlich herausgestellt werden. Danke.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Ich erteile nun Frau Hakeema Taha das Wort.

SVe Hakeema Taha: Herzlichen Dank für die Einladung. Es ist mir eine Ehre, hier zu sein und meine Geschichte erzählen zu dürfen. Ich bin eine Überlebende des Genozids an den Jesiden 2014. Vom 3. August 2014 bis 15. August 2014 waren wir im Dorf Kocho eingeschlossen. Obwohl die irakische Regierung und die kurdische Regierung das wussten, haben sie uns nicht geholfen. Am 15. August 2014 hat uns der IS im Dorf Kocho angegriffen, meine Familie und ich und alle, die im Dorf Kocho wohnten. Sie haben uns in der Schule eingesammelt. Sie haben uns alles weggenommen, was wir dabei hatten – Geld, Gold, Autoschlüssel. Sie haben uns verteilt. Sie haben die Männer erst einmal mitgenommen und umgebracht. Als sie die Männer umgebracht hatten, haben Sie uns alle mitgenommen – die Frauen mit den Kindern. Die alten Frauen zwischen 40 und 80 Jahren, die hat man auch umgebracht, weil die alt waren und die Religion nicht wechseln wollten. Sie haben uns gefragt, ob wir unsere Religion wechseln. Das war für uns schwierig, weil wir als Jesiden unsere Religion nicht wechseln wollten. Wir haben gesagt, wir sind Jesiden und wir wollten Jesiden bleiben. Sie haben uns alle nach Solagh mitgenommen – es ist in der Nähe von Shingal. Sie haben uns auch aufgeteilt – die Mädchen auf eine Seite und die Frauen, die Kinder haben, auf die andere. Sie haben uns, mich zusammen mit 42 Mädchen, mit dem Bus nach Mossul gebracht. Ich bin zwei Nächte in Mossul geblieben und dann haben sie uns wieder mit Bussen nach Syrien, nach Rakka, gebracht. Ich war zusammen mit 42 Mädchen, die waren auch Jesiden. Die meisten davon waren aus meinem Dorf Kocho. Sie haben uns nach Rakka gebracht und da waren auch viele jesidische Frauen dabei. Wir mussten unsere Familie vergessen, weil sie unsere Familien umgebracht haben und weil sie uns gesagt haben, dass sie viel



Unterstützung haben und wir niemanden an unserer Seite haben. Damals hat uns leider niemand geholfen und wir hatten leider keine Unterstützung. Wir wurden schlecht behandelt und mussten viel Leid ertragen. Wir wurden geschlagen. Ich habe die IS-Gefangenschaft 2014 erlebt. Vielen Dank noch einmal.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann erteile ich jetzt Frau Düzen Tekkal das Wort.

Sve Düzen Tekkal: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Mitglieder des Menschenrechtsausschusses, ich glaube, dass die Geschichte von Hakeema Taha als Überlebende zeigt, was für eine gemeinsame Verantwortung wir haben, wenn wir universelle Menschenrechte einhalten wollen. Es geht hier nicht nur um das Schicksal der Jesiden, es geht darum, was Menschen mit Menschen im 21. Jahrhundert machen. Es geht darum, dass junge Frauen wie Hakeema Taha entmenslicht worden sind und auf Sklavenmärkten in Mossul 3.300 Kilometer von hier entfernt verkauft, versklavt und verheiratet wurden. Verheiratet werden heißt geknebelt werden an den Händen und dass, was in den Mund gestopft worden ist – wir müssen es konkretisieren, damit wir verstehen, was das bedeutet, was da passiert ist. Ich finde, es ist eigentlich nicht Hakeemas Job, hier zu sitzen und immer und immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieser Völkermord eine Anerkennung verdient hat und dass er als das bezeichnet wird, was es ist – ein Völkermord. Die Genozidabsicht wurde von beiden Juristen, die heute hier als Sachverständige zugegen sind - dafür bin ich sehr dankbar - noch einmal bestätigt. Und es kann eigentlich keinen anderen Schluss geben, als diesem juristischen Grundsatzurteil, was ein Meilenstein war und auf das Deutschland sehr stolz sein kann, weil Deutschland sich juristisch von der besten Seite gezeigt hat, dass da für uns auch der Anspruch besteht, dass dem politisch Genüge getan wird und dass die Antwort nur lauten kann, dass dieser Genozid stattgefunden hat. Hakeema Taha ist eine der wenigen Überlebenden des Dorfes Kocho. Kocho gibt es nicht mehr. Kocho ist ein Synonym für Völkermord, ein Ort der Finsternis. Wir müssen uns nicht an Kriegen bedienen und

Entmenschlungen und Völkermorden der Vergangenheit, weil jeder Krieg sein eigenes Monster ist – Kocho ist sein eigenes Monster. Fast alle Männer dieser Stadt Kocho sind umgebracht worden, übereinander gelegt worden, wie bei einer Massenhinrichtung, und getötet worden. Wir haben mit Überlebenden gesprochen, die zu Zeugen dieser Morde geworden sind. Hakeema ist nicht die einzige Überlebende, auch Nadia Murad, auch Necla Mato, all diese Frauen kommen aus Kocho und sind heute *Survivor*. Sie sind Anklägerinnen dieses Völkermords, weil ihre Hilfeschreie in den Bergen verhallen. Wir kommen gerade aus der Region Kurdistan und dem Irak und die Situation ist desolat. Desolat! Die Menschen sind müde, sie können nicht mehr. Sie leben zu zwölf auf wenigen Quadratmetern in Flüchtlingsunterkünften, in IDP-Camps. Die Hitze, die Grundsatzsituation, die schlechte Wasserversorgung ermöglichen kein Leben – es geht immer noch ums Überleben – und es ist das Schicksal der Jesiden, dass es immer nur ums Überleben geht. Das erste Mal weltweit, dass der Strafflosigkeit der Jesiden ein Ende gesetzt worden ist, war in Deutschland. Das ist ganz, ganz wichtig. Die Tatsache, dass hier die größte Diaspora lebt, muss uns gemeinsam dazu verpflichten - Wenn wir es ernst meinen vor dem Hintergrund der weltweiten Krisen und Kriege, muss uns klar werden, dass die Jesiden nicht nur Angst haben, sondern dass sie de facto gerade vergessen werden und dass es Kriege gibt, die gleicher machen. Deswegen ist unser Appell, dass nicht nur dieser Völkermord anerkannt wird, sondern, dass wir uns um die Frauen kümmern: Um diese mutigen Frauen wie Hakeema, die gerade neben mir sitzt und ihre Geschichte erzählt. Wie oft soll sie diese Geschichte noch erzählen? Es geht darum, dass wir Sonderkontingente brauchen, insbesondere für die Frauen, wo Kinder aus Vergewaltigungen entstanden sind, die immer noch in Gefangenschaft sind, wenn auch nicht mehr in IS-Gefangenschaft. Es geht darum, dass die Jesiden es leid sind, zum Spielball geopolitischer Machtinteressen gemacht zu werden und dass sie ihre Heimatregion nicht mehr bereisen können. Shingal ist unbetreibar, es ist hochgefährlich. Während wir hier sitzen sorgen NATO-Bündnispartner dafür, dass völkerrechtswidrige Angriffe stattfinden, jesidische Jungen getötet



werden, für die sich niemand weltweit interessiert. Warum nicht, frage ich. Hiermit mache ich auch an dieser Stelle einen Punkt und die anderen Fragen werde ich wahrscheinlich gleich beantworten.

Der stv. Vorsitzende: Genauso ist es, vielen Dank. Beginnen wird in der Fragerunde, für die SPD-Fraktion Frau Türk-Nachbaur.

Abg. Derya Türk-Nachbaur (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Sachverständige, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vor allem den Kolleginnen und Kollegen in diesem Menschenrechtsausschuss bin ich sehr dankbar, dass wir dieses Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben. In Zeiten, wo Kriegsverbrechen in der Ukraine das Tagesgeschehen dominieren, dürfen solche Verbrechen nicht vergessen werden. Und Frau Tekkal, Sie haben Recht: Menschenrechte gelten universell und daher müssen wir uns dieser auch intensiv und ehrlich annehmen. Die Juristen in der Runde, die Sachverständigen, haben betont, dass der Begriff Völkermord gerechtfertigt ist. Meine Fragen gehen an Herrn Dr. Jeßberger und Herrn Dr. Ortaç. Was kann die Strafjustiz denn konkret für die Anerkennung eines Völkermordes in diesem Fall, für die Aufarbeitung, tun? Also, was passiert damit? Was ist das Resultat? Was kann in Richtung Aufarbeitung getan werden? Und vor allem Herr Dr. Ortaç, Sie würde ich fragen: Was bedeutet das für die Versöhnung in diesem Gebiet? Da muss noch einiges passieren. Es werden immer noch Tausende von Mädchen und Frauen vermisst. Ich kann mir das gar nicht vorstellen, wie Versöhnung aussehen soll. Die Ausführungen der Sachverständigen sind kaum zu ertragen, schon beim Lesen. Ich weiß nicht, wie es den Menschen geht, die das ertragen müssen. Wie ist dort Versöhnung möglich? Danke.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Die erste Frage ging an Herrn Professor Dr. Jeßberger. Sie haben vier Minuten für die Antwort.

SV Prof. Dr. Florian Jeßberger: Vielen Dank für die Frage, Frau Türk-Nachbaur. Ihre Frage bezieht sich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, recht

weit darauf, was eigentlich die Leistungsfähigkeit von Strafjustiz in einem solchen Zusammenhang ist. Zunächst einmal darf ich vielleicht noch einmal festhalten, dass die Aufgabe von Strafgerichten im Grunde zunächst einmal darin besteht, strafrechtliche Verantwortlichkeit festzustellen, und zwar von Einzelpersonen. Strafgerichte beschäftigen sich zunächst einmal von ihrem Mandat, von ihren Zuständigkeiten her, sich nicht mit größeren Zusammenhängen, mit der Anerkennung von größeren Ereignissen, sondern haben schlicht festzustellen, ob eine ganz bestimmte angeklagte Person einen Straftatbestand in tatbestandsmäßiger, rechtswidriger und schuldhafter Weise verwirklicht hat. Natürlich ist es so – und darauf zielt deswegen, ganz zu Recht, Ihre Frage ab –, dass, wenn es um die Aufarbeitung, um die Verarbeitung von solchen – wie wir sie nennen – makrokriminellen Ereignissen geht, die Strafjustiz eine wichtige Rolle spielt. Herr Ritscher hatte das angesprochen: Diese Entscheidung, des Oberlandesgerichts Frankfurt – die sich gegen eine einzelne Person richtete, in welcher erstmals festgestellt wurde, in den Formen eines Strafprozesses, dass das, was in der Region im Nordirak geschehen ist, die Voraussetzungen des Straftatbestandes des Völkermordes erfüllt – diese Entscheidung hat als solche natürlich eine große Signalwirkung und Symbolwirkung und leistet dem Anliegen von den Kolleginnen und Kollegen, vielen von denen, die hier als Sachverständige sitzen, natürlich in wichtiger Hinsicht Vorschub. Gleichzeitig ist es natürlich so – das ist meine Erfahrung aus der Beschäftigung mit Systemunrecht auch in anderen Zusammenhängen –, dass man die Leistungsfähigkeit von Strafgerichten nicht überschätzen darf. Sie spielen eine wichtige Rolle, aber sie dürfen nicht die einzige Rolle spielen. Es geht darum, dass die Bemühungen der Strafjustiz im Irak, in Deutschland, in anderen sogenannten Drittstaaten eigentlich andere Maßnahmen in anderen Bereichen nur flankieren und ergänzen können. Insbesondere noch einmal, weil es in einem Strafverfahren zunächst einmal, auch in dem Frankfurter Verfahren, nur um die Frage geht, ob sich diese konkret angeklagte Person, dieses Mitglied des IS, wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafbar gemacht hat. Letzter Punkt, wenn ich noch einen



kurzen Moment Zeit habe: Weil die strafjuristische Aufarbeitung und Verarbeitung doch eine wichtige, nicht die einzige, aber doch eine wichtige Rolle spielt, glaube ich, dass es wichtig ist, dass die Strafjustiz auch in die Lage versetzt wird – personell, finanziell, von den Ermittlungsressourcen her – dieser Aufgabe gerecht zu werden. Vielleicht an der Stelle noch einmal ein Appell, den ich auch in meiner schriftlichen Stellungnahme schon kurz angedeutet habe: Wir sind im Moment in einer Situation, wo das Völkerstrafrecht Konjunktur hat, eine große Rolle spielt, insbesondere im Blick auf die schrecklichen Ereignisse, die in der Ukraine auch gerade jetzt im Moment stattfinden. Das hat dazu geführt, dass – völlig zu Recht – die Ressourcen, etwa des Generalbundesanwalts in Deutschland, der zuständig ist zur Verfolgung dieser Taten, ausgebaut und verstärkt wurden. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, dass diese Konjunktur des Völkerstrafrechts, diese Dynamik in der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht dazu führen darf, dass andere Konflikte, wie etwa der, über den wir heute hier verhandeln, in den Hintergrund tritt und dass sich sozusagen die Ressourcen vollständig auf das ganz wichtige Anliegen konzentrieren, Strafverfolgung im Blick auf die Ukraine sicher zu stellen. Ich glaube, es ist wichtig und deswegen auch gut, dass wir heute in diesem Forum darüber noch einmal sprechen, dass die deutsche Strafjustiz auch diesen Konflikt, wenn ich ihn einmal etwas verkürzt hier so bezeichnen darf, eben nicht aus den Augen verliert. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Die zweite Frage ging an Herrn Dr. Ortaç.

SV Dr. **Irfan Ortaç**: Vielen Dank noch einmal für diese Frage. Um diese Frage zu beantworten, sollte man vielleicht die Prinzipien unserer Religion kennen. Es kommt nicht von ungefähr, dass eine IS-Überlebende, eine Genozid-Überlebende einen Friedensnobelpreis bekommt. Denn so wie Nadia Murad erzogen wurde, ist sie eigentlich dem Frieden verpflichtet. Ich kann mich noch daran erinnern, dass in den ersten Tagen, als der Schrei nach Rache, nach Widerstand kam, dass damals der verstorbene Baba Scheich immer Frieden gepredigt und immer

wieder darauf hingewiesen hat, dass unsere Gruppe nur in Frieden lebt. Viele Delegationen, viele Delegationsleiter haben sich mit diesem alten Mann unterhalten und waren immer wieder davon begeistert, wie friedliebend wir eigentlich sind. Das ist eines unserer Grundprinzipien. Im Übrigen möchte ich hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir von einem Konflikt im Nahen Osten reden und dass wir auch bei Vorgängerkonflikten miterlebt haben, wie schnell sich die Spirale in eine Gewaltspirale nach oben schraubt – bei Schiiten, bei Sunniten, bei anderen Gruppen – in unserem Fall nicht. Wir haben – und darauf sind wir auch als Organisation in Deutschland stolz – in Deutschland nicht einer einzigen muslimischen Institution Schaden zugefügt. Ganz im Gegenteil. Wir haben schon in den ersten Tagen immer den Kontakt zu diesen Organisationen gesucht, wir haben ihnen sogar gesagt: Okay, IS vertritt euch nicht, ihr müsst euch nur davon distanzieren und dann ist es gut. Also aus dieser Perspektive heraus sind die Chancen im Irak, aber auch in Deutschland, auf ein friedliches Zusammenleben hinzuarbeiten, sehr groß. Nur, und das möchte ich wieder als Deutscher, als Europäer sagen, weil ich diesen Gerechtigkeitssinn habe: Kein Frieden kann ohne Gerechtigkeit entstehen und keine Gerechtigkeit kann entstehen – wie ich auch in meinem Statement erwähnt habe – ohne juristische Aufarbeitung. Diese beiden Aspekte bedingen sich. Und dann kommt natürlich dazu, dass Gerechtigkeit auch ist, dass man das politisch anerkennt und sagt: Ja, was dir passiert ist, ist ein Genozid, ist ein Völkermord. Auch in politischer Hinsicht sind wir auf deiner Seite. Und wichtig ist, und darauf habe ich in meinem schriftlichen Statement hingewiesen: Wenn die IS-Rückkehrer nach Deutschland kommen und resozialisiert werden, was auch juristisch und in unserem Demokratieverständnis in Ordnung ist, beobachten das die Opfer. Es ist dann ganz wichtig, dass man als politische Akteure, als Gesellschaft immer an der Seite des Opfers sein muss, an der Seite der Organisation sein muss, um ihnen zu signalisieren: Das, was euch passiert ist, ist ein Völkermord, ist ein Verbrechen und wir werden das als politische Akteure nicht hinnehmen. Ich glaube, wenn wir diese Aspekte berücksichtigen, aber auch gleichzeitig damit verbinden – wenn es zu einer Anerkennung



kommt, was ich sehr begrüßen würde – auch antijesidischen Rassismus im Alltag zu bekämpfen. Ich unterrichte Kinder aller Kulturen, Volksgruppen und ich erlebe immer wieder in den Schulen – und das wird uns auch immer wieder berichtet –, dass antijesidischer Rassismus sehr präsent ist.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Es geht weiter in der Fragerunde, für die CDU/CSU-Fraktion hat Kollegin Weiss das Wort.

Abg. Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU): Schönen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, mein aufrichtiger Dank geht zunächst noch einmal an Herrn Alkaidy, der eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet hat. Wir hatten vor einigen Wochen eine Anhörung zum Thema Anerkennung Völkermord und das Thema erschien uns als CDU/CSU-Fraktion so wichtig, dass wir die Anhörung heute hier im Menschenrechtsausschuss angeregt haben. Deswegen auch herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, dafür dass wir heute hier zusammenkommen. Natürlich haben wir die Hoffnung, und wir werden auch daran arbeiten, dass das heute auch ein entsprechender Erfolg wird. Ich habe eine Frage an Herrn Alkaidy und an Herrn Ritscher: Mittels welcher Verfahren konnten bislang Indizien gesammelt werden, die den Völkermord an den Jesiden im Sinne der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen nachweisen? Liegen gleichfalls Beweise dafür vor, dass weitere religiöse Minderheiten, wie zum Beispiel Christen, Mandäer und andere vom sogenannten Islamischen Staat ausgelöscht werden sollten?

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Die Anhörung heute ist durch großen Konsens der Obleute zustande gekommen. Ich erteile das Wort Herrn Alkaidy.

SV Gohdar Alkaidy: Vielen Dank. Mittels welcher Verfahren? Ich glaube, da ist der Herr Ritscher eigentlich der bessere Ansprechpartner, um sich dazu zu äußern. Was ich sagen kann, ist, dass der Völkermord in allen fünf Punkten der Definition der UN-Völkermordkonvention entspricht. Der

erste Punkt der UN-Völkermordkonvention: Tötung von Mitgliedern der Gruppe. Bereits die Vorgängerorganisation des IS verübte gezielt massive Gewalt gegen die jesidische Zivilbevölkerung im Irak. Ein Bericht der United States Commission on Religious Freedom in Iraq aus dem Jahr 2008 zeigt beispielsweise zahlreiche terroristische Anschläge und Massaker, denen hunderte Jesidinnen und Jesiden zum Opfer fielen, und dass natürlich auch sehr viele Zeugen und Zeugenaussagen vorhanden sind. Besonders die Bombenanschläge vom 14. August im Jahr 2007, durch die fast 800 Menschen getötet wurden, obdachlos wurden, sind hier zu nennen. In ihrer Propaganda begründeten die Drahtzieher dieser Terroranschläge ihre Taten schon damals damit, dass die Jesiden antiislamisch seien und Ungläubige. Als die IS-Kämpfer 2004 in die Region Shingal einfielen und zahlreiche jesidische Siedlungen eroberten, trieben sie alle jesidischen Bewohner aus ihren Häusern zu lokalen Sammelorten zusammen. Bei der Identifizierung der jesidischen Familien halfen teilweise lokale, nicht jesidische Anwohner der Ortschaften, welche den IS unterstützten. Sie gingen von Haus zu Haus, um jesidische Familien aufzuspüren. Auf jesidische Familien, die kurz vor der Ankunft der Terroristen in den Morgenstunden panisch flüchteten und meist zu Fuß in Richtung Shingal-Gebirge eilten, wurde regelrecht Jagd gemacht. Für das Ganze haben wir hier auch eine Zeitzeugin, Frau Hakeema Taha. Sie hat schon eindrücklich von ihrem Leben, von ihren Erlebnissen, von ihrem Überleben berichtet. Das alles sind Indizien für einen Völkermord. Der zweite Punkt der UN-Völkermordkonvention: Verursachen von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe, was auch erfüllt ist. Die Ermordung von Familienmitgliedern vor den Augen ihrer Angehörigen, die massive physische und psychische Gewalt gegen in Gefangenschaft geratene Jesidinnen und jesidische Kinder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur religiösen Gemeinschaft der Jesiden sowie die gewaltsame Vertreibung aus ihren Heimatorten, aber auch die oft jahrelange Ungewissheit über das Schicksal von vermissten oder verschleppten Familienmitgliedern hat zweifelsfrei zu massivem körperlichen und seelischen Schäden bei betroffenen Jesidinnen und Jesiden geführt, wie



Professor Dr. Dr. Kizilhan auch noch besser ausgeführt hat. Der dritte Punkt der UN-Völkermordkonvention: vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Durch die gewaltsame Vertreibung aus ihren Heimatorten verloren unzählige jesidische Familien nicht nur ihr Obdach, sondern auch ihre wirtschaftliche Existenz. Bereits die Flucht unmittelbar nach dem Überfall kostete mutmaßlich hunderte Menschen, aufgrund von Durst, Hitze und Erschöpfung, das Leben. Hunderttausende Jesidinnen und Jesiden müssen seitdem in teils unorganisierten Flüchtlingslagern leben und sind dort vollkommen auf externe Hilfeleistungen angewiesen. Innerhalb des Herrschaftsgebietes des IS wurden Mitglieder der jesidischen Gemeinschaft entweder hingerichtet, zwangskonvertiert oder in sklavenähnlichen Verhältnissen gehalten. Der vierte Punkt der UN-Völkermordkonvention: die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind. Innerhalb der ethnoreligiösen Gemeinschaft der Jesiden werden spezifische Heiratsregeln praktiziert. Die Ermordung von tausenden jesidischen Männern und die Verschleppung oder Vergewaltigung jesidischer Frauen stellen hier massive Einschnitte für die Existenz der Gemeinschaft dar. Wenn ich noch den letzten Punkt bitte erwähnen darf – das ist der fünfte Punkt: gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere. Jesidische Kinder wurden vom IS von ihren Familien getrennt, vor den Augen ihrer Familienangehörigen getötet und separiert. In eigens dafür eingerichteten Umerziehungslagern wurden sie indoktriniert und zum Beispiel auch als Selbstmordattentäter eingesetzt, was man auch an den Propagandavideos sieht, die man auch als Beweismittel haben kann. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Ritscher.

SV Christian Ritscher: Vielen Dank für die Fragen, Frau Abgeordnete. Das Mandat von UNITAD geht dahin, wie es in der entsprechenden Resolution heißt, die IS-Mitglieder zur Rechenschaft zu ziehen, durch die Sammlung, Aufbewahrung und Analyse von

Beweismitteln und da heißt es dann: „*up to the highest possible standards*“. Das heißt für uns bei UNITAD, dass wir letztendlich entsprechend den Standards, wie sie in rechtsstaatlichen Strafverfahren erforderlich sind, Beweismittel sammeln, um auf diese Weise eine Beweismittelsammlung zu erzielen, die es ermöglicht, in Gerichtsverfahren wie in dem vor dem Oberlandesgericht Frankfurt oder auch woanders in der Welt Beweismittel zuzuliefern, um den Tatnachweis zu führen, dass der oder die Angeklagten tatsächlich an dem Völkermordgeschehen gegen die Jesiden, in diesem Fall, beteiligt waren. Dementsprechend, auch wenn es jetzt keine Strafprozessordnung für UNITAD gibt, halten wir uns letztendlich an die Regelungen, die es international im Rahmen rechtstaatlicher Ermittlungsverfahren gibt. Wir sammeln unsere Beweise natürlich, ohne dass in irgendeiner Weise unerlaubter Zwang angewendet wird – das versteht sich von selbst. Wir sind also sehr darauf bedacht, dass wir keine „kontaminierten Beweismittel“ in unsere Sammlung aufnehmen. Wir führen in erheblichem Umfang Zeugeneinvernahmen durch, also im konkreten Fall natürlich von jesidischen Opfern des IS. Wir sammeln Dokumente, die von den IS-Kämpfern bei ihrem Rückzug in erheblichem Umfang im Irak zurückgelassen wurden. Es gibt also etliche Millionen von Papierdokumenten, die sich im Irak befinden, die alle digitalisiert werden müssen, die analysiert werden müssen, die systematisiert werden müssen, die letztendlich recherchierbar gemacht werden müssen, damit sie als Beweismittel im Strafverfahren zur Verfügung stehen können. Wir haben darüber hinaus natürlich umfangreiche Maßnahmen zur Auswertung von öffentlich verfügbaren Videodokumenten, Fotos etc. pp, was es also im Internet zu sehen gibt, auf diversen Plattformen. Das wird alles analysiert. Wir haben zu diesem Zweck erhebliche Anstrengungen unternommen, neueste Technologie verfügbar zu haben, die es uns ermöglicht, die wirklich tausenden von Fotos beispielsweise recherchierbar zu machen. Das wäre sonst, ohne Einsatz moderner IT-Technologie, nicht möglich, allein wegen des Aufwands. Das ist logistisch nicht drin. Da bräuchte man Heerscharen von Leuten, die sich die Fotos anschauen, beispielsweise um Personen zu identifizieren. Das sind die Methoden, mit



deren Hilfe wir auch im konkreten Fall bei UNITAD dazu gekommen sind, den Nachweis zu führen, dass gegen die Jesidinnen und Jesiden in Sinjar im Jahr 2014 ein Völkermord durch die Vereinigung IS ins Werk gesetzt wurde. Die Tatbegehungsformen habe ich im Eingangsstatement erwähnt, Herr Alkaidy hat sie auch noch einmal erwähnt. Also, es gibt praktisch keine Tatbestandsalternative des völkergewohnheitsrechtlichen Völkermordtatbestandes, den der IS gegenüber den Jesiden ausgelassen hätte. Das ist die nüchterne juristische Feststellung. Sie hatten jetzt noch gefragt nach der Auslöschung anderer Religionen. Das ist eine etwas schwierige Frage. Wir sind in unseren Entwicklungen, was andere Religionen oder ethnische Gruppen im Irak anbelangt noch nicht so weit, dass wir eine abschließende juristische Bewertung hinsichtlich des Völkermordtatbestandes treffen können. Da bitte ich um Verständnis, dass ich mich jetzt hier dazu nicht äußern kann, weil ich ins Spekulative gehen müsste. Da kann ich jetzt noch nichts dazu sagen, aber das bleibt den weiteren Ermittlungen vorbehalten. Ich habe das in meiner schriftlichen Stellungnahme auch schon ausgeführt. Danke.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Nun erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kollegen Lucks das Wort.

Abg. Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Liebe Gäste, sehr geehrte Sachverständige, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir spüren alle, dass das hier eine besondere Anhörung dieses Ausschusses ist und wir spüren, glaube ich, die Verantwortung, die wir auch als deutsche Volksvertreterinnen und Volksvertretern von unseren Bürgerinnen und Bürgern, wie Herrn Alkaidy, bekommen, die uns daran erinnern, dass wir in Deutschland die größte jesidische Diaspora der Welt beheimaten und dass wir deshalb eine besondere Verantwortung für diese Menschen tragen. Ich war in der letzten Woche in der Region und habe dort auch Camps besucht und mein Eindruck war, wenn wir als Deutschland diese Verantwortung für die Jesidinnen und Jesiden nicht übernehmen, dann wird es keiner tun. Wir erleben Kinder, die in diesen Camps geboren werden, weil sie nicht

zurück können, in ihre Heimat, in die Sinjarregion und wir sind dafür verantwortlich, als Deutschland, diese Menschen zu unterstützen. Wir sind dafür verantwortlich, auszusprechen, was das Unrecht war, nämlich Völkermord. Ich hoffe, dass wir da zügig etwas zusammen in diesem Haus auf den Weg bringen können. Ich würde gerne von der Sachverständigen Frau Tekkal etwas zu einem sehr sensiblen Thema wissen, das wir nicht aus den Augen verlieren sollten, nämlich zu den Kindern, die aus Vergewaltigungen im Zuge dieses Völkermordes hervorgegangen sind. Was ist dort das Problem und was ist dort auch eine Lösung, die wir für diese Kinder, für die davon betroffenen Frauen finden können? Ich würde außerdem von Ihnen auch gerne wissen, welchen Weg die internationale Staatengemeinschaft gehen sollte, um kurzfristig das Leben in den Camps zu verbessern? Aber was ist auch langfristig nötig, um Frieden in der Region zu sichern? Was wird von den Menschen erwartet? Eine Frage hätte ich an Herrn Ritscher. Es wird oftmals diskutiert, in welchem Rahmen die Verfolgung der Verbrechen dieses Völkermordes stattfinden soll. Wie stehen Sie zu der Forderung nach einem Sondertribunal?

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank für die Fragen. Zunächst Frau Tekkal bitte.

Sve Düzen Tekkal: Vielen Dank für die Fragen, für die auch teilweise sehr kritische Frage. Aber ich glaube, dass es eine sehr wichtige Frage ist, mit der wir uns insbesondere auch innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft noch viel tiefer auseinandersetzen müssen. Ich glaube, dass diese Frage nicht so einfach zu beantworten ist, weil sie von sehr vielen Ambivalenzen getragen wird. Die Art und Weise, wie die Frauen aus IS-Gefangenschaft in die Öffentlichkeit getreten sind, um ihre Peiniger zu verurteilen und selber auch mit ihrer Stimme, mit ihrem Gesicht im Grunde genommen auch Position bezogen haben, ist außergewöhnlich, also auch wenn man das historisch einordnet. Ich kann mich an Gespräche mit Holocaustüberlebenden erinnern, die mir erzählt haben, dass ihre Mütter, die vergewaltigt worden sind, mit dem Geheimnis ins Grab gegangen sind und sie selber 50 Jahre gebraucht haben, um dieses Schweigen zu brechen, genauso



wie die Frauen in Bosnien. Allein dieser Ansatz ist revolutionär, aus meiner Sicht. Ich sage das deswegen, weil ich glaube, dass den Frauen hier eine ganz tragende, wichtige Rolle zu Teil wird, insbesondere Frauen, wie Nadia Murad und vielen anderen. Es geht darum, dass wir ganz viele Nadia Murads haben, also auch in der Geschichte des Jesidentums. Trotzdem gibt es natürlich den anderen Teil – wir haben es gerade auch schon gehört –, nämlich den, der Endogamieregel, der strengen Heiratsregel, die aufgrund – und das ist ganz wichtig – dieser Verfolgungsgeschichte zustande gekommen ist. Die Jesiden werden verfolgt, seitdem es sie gibt. Deswegen ist die Urangst auch immer gewesen, nicht nur bei den Frauen, sondern auch bei den Männern: Kommt er als Jeside nach Hause? Also das war auch der Grund zum Beispiel, warum sehr viele Jesiden auch auf Partizipation an Bildung verzichten mussten, weil diese in den Herkunftsregionen mit Islamisierung einhergeht, das ist Fakt. Das ist die Grundsituation, auf deren Basis auch diese Frage beantwortet werden muss. Denn die große Angst war, dass die jesidische Identität nicht weiterleben kann, und genau darauf hat der IS auch abgezielt. Genau das war die Genozidabsicht, denn sie wussten, in dem Moment, in dem wir eine Jesidin vergewaltigen, ist sie keine Jesidin mehr. Unsere religiösen Würdenträger haben diesem Ansatz einen Strich durch die Rechnung gemacht, der auch revolutionär war, indem sie 2015 per religiösem Dekret entschieden haben: Unsere Frauen bleiben Jesidinnen, auch wenn sie vergewaltigt worden sind. Denn nicht die Opfer sind schuld daran, sondern die Täter. Wir entziehen sozusagen der Genozidabsicht damit die Grundlage, indem diese Frauen Jesidinnen bleiben. Bei den Kindern hat es im Hintergrund auch sehr viele Bestrebungen, sehr viele Gespräche gegeben. Das war eine ziemlich knappe Angelegenheit. Ich will es einmal so sagen, wo viele Beteiligte an diesem Tisch auch mit involviert waren und wo wir davon ausgegangen sind, dass wir das auch hinkriegen. Das hat dann wider Willen nicht funktioniert, aber, und das finde ich ganz wichtig, diese Entscheidungsmacht liegt nicht nur bei den Jesiden. Im Gegenteil: Die Kinder, die aus der Vergewaltigung entstehen, bleiben laut irakischem Recht muslimische Kinder. Das ist auch eine Herausforderung, der sich die Familien ausgesetzt

sehen. Was uns – als Menschenrechtsorganisation, die gegründet worden ist von jesidischen Frauen auf der Asche des Völkermords – interessiert, ist die Selbstbestimmung und Freiheit der Frau und dass diese Frauen, die dieses Martyrium überlebt haben, das Recht und die Möglichkeit haben, so zu leben, wie sie es für richtig halten und dass sie sich nicht entscheiden müssen, zwischen der Herkunftsreligion und der Familie und ihren Kindern. Denn dieses Dilemma, das geht auch an die Mütter und Väter hier in der Runde, ist gar nicht auszuhalten. Das muss man gar nicht infrage stellen, das ist Stoff aus dem historische Dramen gemacht worden sind, wenn man sich entscheiden muss zwischen Fleisch und Blut und Fleisch und Blut. Das kann es nicht sein. Diese Fragen sollten wir nicht den Frauen überlassen. Genau zu diesem Zwecke hat es – und das ist der Geist, von dem hoffentlich dieser Ausschuss heute auch getragen ist – eine parteiübergreifende Initiative gegeben, von Thomas Oppermann, der nicht mehr unter uns ist, von Annalena Baerbock und von Volker Kauder, unter anderem, und auch von allen weiteren Parteien, auch von der FDP – ich weiß nur nicht mehr von wem. Was ich damit sagen will ist, dass es genau dieses parteiübergreifende Engagement braucht und dass der politische Wille ganz entscheidend ist. Sonst würden wir heute nicht hier sitzen. Der Kulturwandel des politischen Willens, der Einhaltung der Menschenrechte. Wenn es Deutschland ernst meint und wenn wir das ernst meinen, sollten wir auch ein Sonderkontingent auf Bundesebene für diese besonders vulnerablen Gruppen anschieben nach dem Vorbild von Baden-Württemberg, wo viele Akteure – unter anderem Professor Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan – mit beteiligt waren, nach dem Vorbild von CDU und GRÜNEN in Baden-Württemberg, unter Kretschmann. Das ist nicht nur eine Antwort für den Schutz der Jesidinnen, sondern auch eine Antwort in vielerlei Hinsicht für die Asyl- und Migrationspolitik. Denn wenn es darum geht, dass wir Fluchtursachen bekämpfen müssen, müssen wir für diese Sicherheiten sorgen und müssen legale Migrationswege bieten für Kinder und Mädchen, die besonders vulnerabel sind. Ich will noch einmal zurück nach Shingal und wünsche mir, dass diese Mutter- und Vatererde, die Heimatregion der Jesiden seit Bestehen unter Schutztribunal gesetzt wird, damit die Menschen



zurückgehen können. Die wollen gar nicht alle nach Europa. Die Frage ist nur: Wohin mit den Jesiden? Wohin mit diesen Minderheiten? Wenn wir ihnen keine Räume geben, dann machen sich die Menschen auf den Weg und es ist aus meiner Sicht scharf zu verurteilen, dass Menschen, die den Völkermord überlebt haben, sich auf den Weg dieser gefährlichen Mittelmeeroute machen und dabei riskieren, zu Tode zu kommen. Das ist die Wahrheit. Natürlich geht es generell darum, Antworten dafür anzubieten und da ist ein Beispiel für die Jesiden gerade das Sonderkontingent. Frau Hakeema Taha sitzt heute neben mir und redet selber, weil sie auch in dem Sonderkontingent war. Sie war eine dieser 1.100 Frauen und ich möchte mir nicht ausmalen, wie ihr Leben geendet wäre, wenn sie dort vor Ort geblieben wäre. Ich will damit sagen, dass das wichtig ist, dass wir uns darüber Gedanken machen, langfristig.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank für die sehr engagierte und eindrückliche Antwort, aber wir müssen ein bisschen auch auf das Zeitkontingent schauen, sonst kommen wir leider Gottes nicht durch mit den vielen einzelnen, sehr wichtigen Beiträgen. Herr Ritscher.

SV Christian Ritscher: Danke, Herr Abgeordneter, für diese Fragen. Zu den Dramen der Verfolgung – also momentan ist zu konstatieren, Herr Professor Jeßberger hat es schon gesagt, dass wir keine Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs haben. Es ist auch, glaube ich, mittelfristig nicht zu erwarten, dass es eine geben wird. Das ist ein bisschen eine Frage der Kreativität der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs, ob es noch irgendeinen Weg gibt, zu einer Zuständigkeit des IStGH zu kommen. Aber, sagen wir einmal so, den ganz einfachen geraden Weg zu einer Zuständigkeit, den gibt es jedenfalls nicht. Tatsächlich findet eine juristische strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen des IS momentan in den nationalen Strafverfolgungsbehörden, in den nationalen Strafgerichten statt, vorzugsweise in Europa, aber auch in Nordamerika und auch in Maßen im Irak – soweit ich das weiß, allerdings nicht unter dem rechtlichen Aspekt des Völkerstrafrechts, weil es kein irakisches

Völkerstrafrecht gibt. Im Irak wird das Ganze dann unter *Counter Terrorism*, also unter Terrorismusstrafverfolgung, geführt oder eben als Mord-, Vergewaltigungs- oder was auch immer-Prozess, jedenfalls nach sogenannten normalen strafrechtlichen Normen. Das ist momentan die Sachlage. UNITAD ist derzeit dabei, zum einen die nationalen Strafverfolgungsbehörden in Europa, in Nordamerika, soweit Rechtshilfeersuchen an UNITAD gestellt werden, mit Beweismitteln und mit Erkenntnissen zu unterstützen, um die Ermittlungen voranzutreiben und um Strafverfahren zu unterstützen. Das haben wir auch in Frankfurt gemacht. Das machen wir auch momentan laufend mit steigenden Zahlen weiter. Und gleichzeitig ist UNITAD bestrebt, den Irak, die irakische Justiz zu ertüchtigen, wenn denn mal ein Völkerstrafgesetzbuch im Irak verabschiedet ist, auch dort vor Ort Prozesse zu führen. Das machen wir durch *Case-Building*-Maßnahmen mit den zuständigen Gerichten, also sozusagen auf der Arbeitsebene. Wir machen das aber auch durch *capacity building*, also spricht mit Ausbildungsmaßnahmen für die Richter, für die zuständige Strafjustiz, die auf diese Weise einfach vertraut gemacht werden sollen, mit den Normen des Völkerstrafrechts, um dann schließlich eben entsprechende Verfahren führen zu können – im Falle der Jesiden auch wegen Völkermords. Was die Perspektive eines Sondertribunals anbelangt – die Position von UNITAD ist in dieser Hinsicht so, dass wir uns die Entwicklungen, die Diskussionen anschauen. Ich würde grundsätzlich die Idee eines Sondertribunals nicht von vornherein ablehnen. Das ist ein bisschen eine Frage, wie sich das einfügt in die bestehenden Strafverfolgungsbemühungen, auch im Irak. Man wird den Irak nicht gegen seinen Willen mit einem Sondertribunal, sage ich jetzt einmal, „beglücken“ können. Das hat aus meiner Sicht wenig Sinn und ist auch nicht sinnvoll, um eine Akzeptanz im Land zu schaffen. Ich sehe aber durchaus schon Anzeichen dafür, dass auch im Irak über so etwas nachgedacht wird. Ich halte das nicht für ausgeschlossen, dass man ein solches Sondertribunal in naher Zukunft – nein in mittlerer Zukunft, würde ich sagen, in naher Zukunft ist vielleicht übertrieben –, in mittlerer Zukunft einrichtet. Es bedarf aber sicher noch vieler Gespräche und vieles Sondierens, was da möglich ist und was eher abgelehnt wird. Man



muss auch überlegen, welche Zuständigkeiten man da dann einem solchen Sondertribunal zuweist. Ich kann aber sagen, dass währenddessen die Prozesse vor nationalen Gerichten einfach weiterlaufen. Die gehen ihren Gang, so wie hier in Deutschland auch. Das halte ich auch für richtig und für wichtig, um keine Strafflosigkeitslücken entstehen zu lassen. Das ist ja klar.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Als nächste Fraktion hat die AfD Gelegenheit zur Frage, Herr Sichert.

Abg. Martin Sichert (AfD): Vielen Dank. Ich möchte auch als allererstes dem Herrn Alkaidy für die Petition danken. Wir sollten nicht nur über den Völkermord reden, sondern es ist auch allerhöchste Zeit, ihn endlich im Bundestag offiziell anzuerkennen – nicht nur reden, sondern auch handeln. Wir von der AfD haben einen konkreten Antrag eingebracht, diesen Völkermord anzuerkennen, und ich hoffe, dass es am Mittwoch im Ausschuss und nächste Sitzungswoche dann im Plenum eine deutliche Mehrheit im Deutschen Bundestag dafür geben wird, den Völkermord offiziell anzuerkennen. Ich möchte auch der Frau Taha danken. Sie sind eine unglaublich starke Frau, dass Sie uns hier Ihre Geschichte erzählen. Zur Verdeutlichung dieses Völkermords würde ich mich freuen, wenn Sie uns sagen könnten, wieviel Angehörige Sie verloren haben und ob die Täter alle Muslime waren oder ob da auch Leute aus anderen Religionsgemeinschaften dabei waren und ob das Menschen aus der Region waren oder völlig Fremde, die Sie da erlebt haben. Dann hätte ich noch eine Frage an Dr. Jeßberger. Sie haben gesagt, Sie wollen die sexualisierte Gewalt gegen Frauen hervorheben. Was macht man den bei einem Völkermord? Man bringt die Männer und die alten Frauen um und die jungen Frauen bringt man entweder um oder man versklavt sie, damit – wie der Professor Kizilhan das gerade auch ausgeführt hat – damit sie ihre Identität vergessen und ihre Kultur vergessen. Indem Sie die Taten gegen die Frauen so hervorheben, verharmlosen Sie die gezielten Massenmorde an allen Männern, denen der IS habhaft werden konnte. Das waren abertausende Männer, die da gezielt umgebracht worden sind. Warum tun Sie das? Warum

verharmlosen Sie die gezielte Ermordung aller jesidischen Männer im Rahmen dieses Völkermordes? Das wüsste ich gern von Ihnen.

Der stv. Vorsitzende: Zur Antwort hat erst einmal Frau Taha das Wort.

Sve Hakeema Taha: Vielen Dank für Ihre Frage. Die, die uns angegriffen haben, die meisten von denen waren unsere muslimischen Nachbarn. Obwohl wir viele Jahre mit unseren muslimischen Nachbarn friedlich gelebt haben. Ich habe selber 18 Personen von meiner ganzen Familie verloren. 14 davon sind gestorben, also die wurden umgebracht. Vier davon sind immer noch verschwunden und wir haben den Kontakt seit den letzten Jahren verloren und wissen nicht, ob sie noch leben oder nicht. Es sind immer noch 3.000 Menschen beim IS in Gefangenschaft. Sie haben den Kontakt zu ihren Familien verloren und wir wissen nicht, ob sie noch leben oder gestorben sind. Sie haben die Männer erschossen und die Frauen und kleinen Kinder mitgenommen. Wir mussten viel ertragen. Sie haben uns schlecht behandelt. Wir wurden geschlagen. Wir mussten unsere Religion wechseln. Sie haben uns geschlagen, schlecht behandelt und viele davon waren unsere Nachbarn, weil die waren die ganze Zeit bei uns und das ist immer noch für viele von uns eine Überraschung, warum die das überhaupt gemacht haben. Es ist gar nicht einfach, solche Geschichten zu erzählen. Aber wir hatten leider keine Unterstützung. Sie haben uns gesagt, sie sind stärker als wir und sie hatten viel Hilfe und wir hatten einfach niemanden an unserer Seite. Sie haben uns immer gesagt, egal wie ihr schreit, egal wem ihr davon erzählt, niemand hilft euch. Ihr habt niemanden und wir haben viel Unterstützung. Wir haben große Hilfe. Alle, die ich gesehen habe, die meisten von denen waren unseren muslimischen Nachbarn und die haben das getan. Die waren uns bekannt. Sie haben alle Männer und die Kinder ab zehn Jahren erschossen, weil sie die Religion nicht wechseln wollten. Sie haben uns gezwungen, dass wir unsere Religion wechseln. Das wollten wir nicht. Das war für uns sehr schwierig. Wir haben einfach keine Unterstützung. Wir haben kein Land. Wir wissen nicht, wie wir weiterhin leben können.



Was uns fehlt, was mir fehlt: Ich wünsche mir, dass die Jesiden in Ordnung sind und dass sie weiter in dieser Welt überleben können, dass sie Unterstützung bekommen. Ich danke Ihnen.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Professor Dr. Jeßberger.

SV Prof. Dr. **Florian Jeßberger**: Herr Vorsitzender, Sie werden sicher Verständnis dafür haben, dass ich auf die Frage des Abgeordneten der AfD und die darin enthaltene Unterstellung nicht antworten kann. Ich möchte die Zeit, die ich habe, nutzen, um vielleicht vor diesem Hintergrund hinzuweisen auf den Grund, warum wir überhaupt über die Frage heute diskutieren können, ob das, was sich dort ereignet hat, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen ist. Der Grund ist sehr einfach erklärt. Den Anlass dazu gaben deutsche Täter während des Zweiten Weltkrieges, während des Dritten Reiches. Das gab der Weltgemeinschaft Grund und Anlass, das Völkerstrafrecht zu schaffen, also die juristische Sprache, über die wir diese grauenhaften Taten, über die wir heute sprechen, nun verhandeln können. Ich glaube, es ist wichtig, gerade in diesem Haus und gerade in einem Ausschuss, der so zusammengesetzt ist, wie er zusammengesetzt ist, daran zu erinnern. Der Völkermordtatbestand, der Begriff des Völkermordes, als juristische Kategorie und auch als historisch politische Kategorie ist entstanden im Zusammenhang mit der Schoah, die im deutschen Namen begangen worden ist. Ich glaube, es ist wichtig und auch angemessen, daran noch einmal kurz zu erinnern. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Eine Bemerkung zu den Tatbeständen, über die wir heute sprechen, dem Völkermordtatbestand und –ich hatte mich in meiner mündlichen Stellungnahme und auch in der schriftlichen Stellungnahme noch einmal, wie die deutschen Gerichte im Übrigen auch, auch darauf konzentriert – dem Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist juristisch im Grunde einfach, festzustellen – Herr Ritscher und Herr Alkaidy haben das noch einmal vorgeführt –, dass die Voraussetzungen des Völkermordtatbestandes erfüllt sind und zwar – und das ist besonders – alle

Tatbestandsalternativen, nach dem, was wir wissen, also die Buchstaben a) bis e) des Völkermordtatbestandes. Das ändert aber nichts daran, dass auch der Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit vielfach erfüllt ist. Deutsche Gerichte – das Oberlandesgericht Düsseldorf, das Oberlandesgericht München – haben genau das festgestellt, mit Blick auf die Tatkomplexe, über die wir hier heute sprechen. Das Besondere an diesem Tatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist – Frau Tekkal und Frau Taha, und davor habe ich großen Respekt, haben das eben auch noch einmal festgestellt – dass dort eine wichtige Dimension von Völkerrechtsverbrechen hervorgehoben ist, die im Völkermordtatbestand ausdrücklich keine Rolle spielt: im tatbestandlichen Text nämlich die geschlechtsbezogene und sexualisierte Dimension von Völkerrechtsverbrechen, also der Einsatz von sexualisierter Gewalt, von Gewalt spezifisch gegen Frauen und Mädchen als ein Mittel im Konflikt, im Kampf, in der Vernichtung einer Volksgruppe. Mir war es wichtig, auf diesen Aspekt noch einmal hinzuweisen. Ich betone es noch einmal im Einklang mit den Feststellungen einer großen Zahl von deutschen Oberlandesgerichten. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Jeßberger. Ein Sachverständiger ist ein Sachverständiger, weil er Sachverstand hat. Den haben Sie eingebracht. Wir haben hier kein Verhör, insofern muss das, was Sie sagen, Ihnen sozusagen „auf der Zunge liegen“ – in diesem Sinne gehen wir weiter in der Reihe. Für die FDP-Fraktion, Peter Heidt.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank an die Sachverständigen für die äußerst eindringlichen Worte. Ich möchte betonen, dass wir als Koalition natürlich durch die wegweisende Petition von Tobias Huch, der heute auch hier ist, und von Herrn Alkaidy noch einmal auf das Problem gestoßen worden sind. Deshalb haben wir als Koalition natürlich genau dasselbe gemacht, wie auch die Union, dieses Thema und im Ausschuss angesprochen. Das haben wir auch letztendlich hier gemeinsam beschlossen. Ich bedauere, dass das, was letzte Wahlperiode fraktionsübergreifend



angestoßen wurde, – Frau Düzen Tekkal hat es angesprochen – leider nicht fortgesetzt worden ist. Sicherlich hatte auch der Tod des geschätzten Kollegen Oppermann etwas damit zu tun, aber wir hätten eigentlich schon damals weitermachen müssen. Das ist leider nicht passiert. Deshalb müssen wir erst recht jetzt fraktionsübergreifend aktiv werden. Herr Professor Dr. Jeßberger, ich danke noch einmal für Ihre Worte gerade eben. Ich möchte zum einen betonen, dass sich die Koalition mit dem Justizminister Marco Buschmann einig ist: Wir werden das deutsche Völkerstrafrecht anpacken an Stellen, wo man es vielleicht noch einmal verbessern kann. Wir haben schon im Haushalt die Stärkung der Justiz in diesem Bereich beschlossen. Mehr Geld geht dort hin. Wir haben den Internationalen Strafgerichtshof angesprochen. Auch hier ist schon gesprochen worden über die Frage eines Sondertribunals. Ich persönlich und die Freien Demokraten finden es eigentlich sinnvoller, das Rom-Statut zu verändern und deshalb würde ich an Sie auch einmal die Frage stellen, was Sie denken. Soll die Politik sich eher auf das Sondertribunal stützen oder eher an dem Rom-Statut arbeiten? Wie lautet Ihre Einschätzung dazu? Und zum anderen würde ich gern einmal mit Professor Dr. Kizilhan sprechen: Als Strafrechtler habe ich natürlich auch sehr den Prozess am OLG Frankfurt begrüßt. Das Urteil, das ist eine Basis, menschenrechtlich ein Meilenstein. Aber wir sind uns vielleicht dennoch darüber einig, dass immer noch viele Täter ungestraft bleiben. Was können, müssen wir hier in Deutschland, aber auch in der internationalen Gemeinschaft aus Ihrer Sicht tun, um zu begünstigen, dass in Zukunft weitere Verfahren dieser Art angestoßen werden, um insgesamt der Straflosigkeit noch vehementer entgegenzuwirken? Danke.

Der **stv. Vorsitzende:** Herr Professor Dr. Jeßberger, Sie sind schon wieder dran.

SV Prof. Dr. **Florian Jeßberger:** Herzlichen Dank für die Frage, die noch einmal auf eine, wenn ich so sagen darf, rechtspolitische Einschätzung, dahingehend abzielt, ob es sinnvoll sein kann, das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs im Blick auf notwendige Formen anzupacken oder

eher den Weg des Sondertribunals zu gehen. Ich möchte vielleicht vorweg schicken, dass die von Ihnen angesprochenen Bemühungen im Justizministerium – wenn ich das recht sehe, auch mit Unterstützung der Regierungsfractionen und vielleicht auch der Oppositionsfractionen – gerade auf dem Weg sind, das deutsche Völkerstrafgesetzbuch, was fast auf den Tag genau vor 20 Jahren in Kraft getreten ist, zu reformieren, behutsam zu reformieren. Ich glaube, dass das ein wichtiger und richtiger Weg ist. Insbesondere geht es dabei möglicherweise auch darum, in Paragraph 7 des Völkerstrafgesetzbuches eben diese von mir angesprochene Alternative der sexuellen Sklaverei, die im Römischen Statut enthalten ist, aber im Zuge der Implementierung in das Deutsche Recht verloren gegangen ist, weil die Auffassung bestand, der Tatbestand der Versklavung erfasst auch diesen Aspekt, das wieder grade zu rücken, wenn ich das so sagen darf. Ich glaube, bei den Überlegungen, die sich auf das Römische Statut selbst beziehen, die Sie ansprachen, gibt es sicherlich Punkte, über die man nachdenken kann, wo es Verbesserungsbedarf gibt, weniger, denke ich, im Bereich des materiellen Rechts, also bei den Straftatbeständen, sondern insbesondere, bei bestimmten Verfahrensfragen, bei bestimmten Zuständigkeitsfragen. Der Weg ist aber lang, schwierig und beschwerlich. Ich glaube, mit Blick auf den Konflikt und die Konstellation, über die wir heute hier sprechen, ist das möglicherweise kein weiterführender und erfolgversprechender Weg. Der Weg des Sondertribunals – Herr Ritscher hatte dazu schon einiges gesagt – ist einer, der grundsätzlich juristisch möglich ist, also insbesondere die Vorstellung, dass man ein Tribunal errichtet, das zuständig ist, speziell für Straftaten gegen Jesidinnen und Jesiden. Da gibt es unterschiedliche Modelle, die schon eingerichtet worden sind. Ein hybrides Tribunal insbesondere wäre vorstellbar, unter Einbeziehung – Herr Ritscher hatte darauf auch hingewiesen – des Irak, der dann möglicherweise mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft ein solches Gericht einrichtet. Juristisch möglich wäre das. Juristisch wäre es auch möglich, dieses Tribunal zu schaffen mit einer Zuständigkeit, die sich auf Taten bezieht, die eben seit 2014 begangen worden sind. Ob es politisch gelingen kann, das zu tun, da bin ich wieder jenseits meines



Sachverstandes, dazu hatte Herr Ritscher, insbesondere im Blick auf die Situation im Irak selbst, schon einiges gesagt. Ich glaube, juristisch wäre es möglich. Der praktisch nahe liegendste Weg derzeit ist die Verfolgung vor nationalen Strafgerichten, die natürlich immer vor der doppelten Schwierigkeit stehen, dass sie erstens die Angeklagten, die beschuldigten Personen, haben müssen, wenn ich das einmal so formulieren darf, und zweitens, dass auch die Beweismittel, die zur Verfügung stehen, in einer gerichtsverwertbaren Weise verfügbar sind, so dass eben diese Tätigkeit der Strafgerichte wirklich zum Abschluss gebracht werden kann. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Professor Dr. Dr. Kizilhan.

SV Prof. Dr. Dr. **Jan Ilhan Kizilhan**: Bevor ich auf die Frage antworte, möchte ich Ihnen doch noch einen Zusatz zu den Folgen des Genozid an den Jesiden mitteilen. Aus unseren wissenschaftlichen Beobachtungen ist ersichtlich, dass die Jesiden nach dieser Katastrophe, die sie erlebt haben, am Scheideweg zwischen Existenz und Vernichtung stehen. Das bedeutet, dass die Folgen des Genozids nicht zu Ende sind, nur weil die physische Vernichtung beendet worden ist, sondern dass die Jesiden im Augenblick, nach der Katastrophe, in den verschiedenen Camps sind. Sie leben in Australien, in Deutschland, weltweit verteilt. Sie sind eine kollektive Gesellschaft, die seit Jahrhunderten sehr isoliert gelebt hat. Wir gehen auch davon aus, dass, wenn sie nicht ausreichend Unterstützung bekommen – und dazu gehört auch die Anerkennung des Genozids, psychosoziale Hilfe, dass eine Rückkehr möglich ist und dass sie bestimmte Rechte im Irak bekommen – dass sie als Gruppe in etwa vier bis fünf Generationen nicht mehr existent sein werden. Das heißt, wir werden Zeitzeuge einer Vernichtung der jesidischen Gemeinschaft, die 4.000 Jahre alt ist. In vier Generationen werden sie vermutlich als Individuum, aber nicht mehr als Gruppe existieren. Das ist, so glaube ich, juristisch vielleicht nicht schwierig, aber – das ist mir auch durchaus durch meine Kontakte auch zum IstGH bekannt – das sind die Dinge, die diskutiert werden: Was sind die nachfolgenden Folgen von

Genoziden über Generationen hinaus? Die muss man nicht nur in Form von Mordtaten und Verbrechen berücksichtigen, sondern das gilt aus meiner Sicht auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zu der Frage des Abgeordneten möchte ich folgendes sagen: Unsere Beobachtungen im Irak und Mittleren Osten zeigen, dass wir durch den IS einen starken politischen Islam und eine Radikalisierung beobachten. Das beste Beispiel ist die Türkei, in der wir heute und in den letzten Jahren sehen, dass es zugenommen hat. Wir sehen sowohl im Irak als auch für Syrien, dass durch die Folgen des Bürgerkrieges, aber auch wegen der Situation im Irak die Minderheiten gezielt mit allen Möglichkeiten versuchen werden, dieses Land zu verlassen. Das ist das Land Mesopotamien, das Land der alten Religion und der Christen und der anderen Minderheiten. Auch sie werden dieses Land verlassen und zunehmend werden wir eine schiitisch/sunnitische Mehrheitsgesellschaft haben, in der keine Minderheiten leben. Parallel dazu radikalisiert sich natürlich auch Anhänger dieser Personen in Deutschland und Europa. Das heißt, es gibt auch eine zunehmende Radikalisierung, auch wenn der IS im Augenblick nicht aktiv ist. Das wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Insofern ist natürlich die Anregung sehr wichtig, dass wir uns überlegen, welche inhaltlichen Konzepte es für eine De-Radikalisierung politischer islamischer Terrororganisationen gibt, um hier den Frieden aufrecht zu erhalten. Dies fängt allerdings schon in den Kindergärten und den Schulen an. Wir sehen tatsächlich, dass sich islamistische Gemeinschaften oder andere radikale Gemeinschaften „ausgeschlossen“ haben und wir fast keinen Zugang zu ihnen haben. Also auch da wird die zunehmende Radikalisierung ein großes Thema sein. Da sind die Innenminister der Länder aber auch andere Minister gefordert, sich zunehmend mit Deradikalisierungsmaßnahmen, im Speziellen mit dem politischen Islam, zu beschäftigen. Ich als Gutachter habe viele Menschen auch in Gefängnissen besucht. Ich erlebe auch in den Gefängnissen, dass eher eine Radikalisierung zunimmt, als dass es eine De-Radikalisierung gibt. Das heißt, dass wir es auch aus den Gefängnissen heraus nicht schaffen, die Menschen zu integrieren oder in den Sozialisationsprozess einzubringen, damit wir in



der Zukunft friedlich mit ihnen leben können.
Also auch hier meine Warnung, dass wir uns
stärker damit beschäftigen. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Als letztes in
der ersten Fragerunde Kollegin Nastic.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Vielen Dank,
Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und
Herren Sachverständige, vielen Dank für Ihre
Beiträge. Liebe Gäste auf den Tribünen, ich denke,
ich spreche für alle Fraktionen, dass es für uns ein
sehr wichtiges Anliegen war, über diese
grausamen Verbrechen gegen die Menschlichkeit
zu sprechen, gegen diesen Völkermord Stellung
zu beziehen, ihn weiterhin öffentlich
anzuprangern und niemals in Vergessenheit
geraten zu lassen. Es ist wichtig, diese Verbrechen
aufzuklären und vor allen Dingen alles dafür zu
tun, dass sich solche Verbrechen nicht
wiederholen – Verbrechen gegen Menschenrechte,
gegen Frauen, gegen Kinder, gegen Männer. Es ist
wichtig, die Religions- und Glaubensfreiheit zu
schützen und dass alle Demokratinnen und
Demokraten solche Dinge niemals ungeachtet
lassen und – mit der größten Diaspora in
Deutschland – sie stets in Erinnerung rufen und
alles dafür tun, diese weiterhin zu schützen.
Meine Fragen gehen an Herrn Kaba. In Ihrer
Stellungnahme kritisieren Sie das Erbil-Bagdad-
Abkommen aus dem Jahr 2020, das über die Köpfe
der Jesidinnen hinweg geschlossen wurde.
Könnten Sie bitte detaillierter ausführen, weshalb
es zum Beispiel auch ein großes Misstrauen
gegenüber den Autoritäten in Erbil seitens der
jesidischen Gemeinschaft gibt? Ich selbst bin auf
zwei Reisen in der Region gewesen und habe
erlebt, wie unter anderem der Zugang von
internationalen Kooperationen, Organisationen,
Politikern nach Shingal erschwert bis hin zu
unmöglich gemacht wurde. Finden Sie, dass das
Selbstbestimmungsrecht der Jesidinnen durch die
Autoritäten sowohl in der Türkei als auch in Erbil
aufrechterhalten wird? Gibt es das überhaupt oder
wird das sogar verhindert? Die zweite Frage:
Werden die Opfer des IS, insbesondere aus der
jesidischen Gemeinschaft von den politischen
Autoritäten vor Ort ausreichend geschützt und
unterstützt?

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Kaba.

SV **Yilmaz Kaba**: Vielen Dank für die Fragen, Frau
Abgeordnete. Vielleicht erinnere ich zu Beginn
einfach noch einmal: Wir sprechen die ganze Zeit
über den IS. Der IS wurde militärisch von den
mutigen Kämpferinnen und Kämpfern der
Kurdinnen und Kurden besiegt, in vielen
Hinsichten – in Shingal, in Rakka. Rakka wurde
befreit von den mutigen Kämpferinnen und
Kämpfern, auch Kobanê, daran erinnern wir uns.
An den großen Kampf um die Freiheit, vor allem
an die Frage: Gewinnt der IS militärisch oder
gewinnt der IS nicht? Ich möchte auch an die
mutigen Kämpferinnen und Kämpfer erinnern, die
für den Kampf gegen den IS gefallen sind. Um auf
die Fragen von Frau Nastic zurück zu kommen:
Das Erbil-Abkommen vom 9. Oktober 2020 wurde
geschlossen, ohne die wirklich wichtige
Einbeziehung der jesidischen
Glaubensgemeinschaft. Weder die
Selbstverwaltung vor Ort in Shingal, noch der
Religiöse Rat oder irgendwelche anderen Vertreter
wurden mit einbezogen. Kurz nachdem bekannt
wurde, dass dieses Abkommen abgeschlossen
wurde, gab es auch große Kritik von Seiten der
jesidischen Glaubensgemeinschaft. Die hat gerade
nach den Erfahrungen von 2014 gesagt, dass sie
sich nicht mehr von den politischen Akteuren in
Südkurdistan, also sprich im Norden des Iraks,
durch die KDP, die politische Partei von Barzani,
regieren lässt. Vor allem hat die Erfahrung gezeigt,
dass sie, wenn sie sich auf die politischen Akteure
vor Ort verlässt, dass sie im wahrsten Sinne des
Wortes verlassen wird. Denn, es waren die
Peschmerga-Einheiten der KDP, die ohne einen
Schuss für den Schutz und die Sicherheit der
Jesiden gesorgt haben. Es waren Kämpferinnen
und Kämpfer aus Rojava in Syrien, die zur Hilfe
geeilt sind und die es geschafft haben, einen
Fluchtkorridor zu erkämpfen, damit die Jesiden
aus Shingal in Richtung Syrien und auch einige in
Richtung Shingal-Gebirge fliehen konnten. Dazu
ist zu sagen, dass die Jesidinnen und Jesiden in
die politischen Absichten, in die politischen
Vorhaben der Regionalregierung in keiner Weise
mit einbezogen werden, auch nicht – leider und
trauriger Weise – in die Absichten der
Zentralregierung. Obwohl die Jesiden auch immer
wieder große Hoffnung hatten, dass wenigstens
Bagdad sie nicht im Stich lässt nach 2014. Um



noch einmal auf die Opfer zurück zu kommen: Wir haben vor Ort gehört – die Gespräche haben es uns immer wieder verdeutlicht – dass sich in keiner Weise um die Opfer gekümmert wird, ganz im Gegenteil. Sie werden einfach in den Geflüchteten-Camps allein gelassen. Die Hilfsgüter, die Hilfsgelder kommen fast nie an. Das einzige was ankommt, wenn überhaupt, ist, was Menschen unabhängig von der Regierung, zum Beispiel aus Deutschland oder allgemein aus Europa an Hilfsgütern veranlassen und dort vor Ort einbringen. Aber sonst ist es so, dass die Opfer – das Wort Opfer ist natürlich immer blöd in dem Sinn, weil die Jesiden sich nicht nur als Opfer sehen möchten –, dass sie nur Hilfe bekommen, wenn es die jesidischen Organisationen hier aus Europa und aus Deutschland von sich aus organisieren. Vor Ort kommt leider im Großen und Ganzen nichts an. Die Türkei, die Sie auch erwähnt haben, spielt auch noch einmal eine große Rolle, weil wir auch die ganze Zeit von dem IS sprechen, der – wir reden immer so in Vergangenheitsform –, aber der IS ist allgegenwärtig. Die Gefängnisse in Syrien, in den Gebieten der Kurdinnen und Kurden sind voller IS-Milizen, die immer wieder versuchen, wie auch vor Kurzem, aus den Gefängnissen auszubrechen. Immer dann, wenn die Türkei einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Region – sei es jetzt im Nordirak oder in Nordsyrien – verübt, fühlen sich die dschihadistischen und islamistischen Gruppen, wie unter anderem der Islamische Staat, immer wieder bestärkt und greifen dann auch an. In Gesprächen mit den Experten vor Ort haben uns zum Beispiel die Wirtschaftsexperten gesagt, dass die aktuelle wirtschaftliche Situation im Irak dazu führen wird, dass viele Menschen, die in Armut leben, dass viele junge Männer, Brüder etc., dass sie alle zum Islamischen Staat gehen werden, weil die Armut sie regelrecht dazu zwingt, weil der Islamische Staat sie dazu zwingt und die Möglichkeiten beziehungsweise das politische Vakuum vor Ort ihnen keine Perspektiven bieten.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Bei Ihnen wollte ich gerade schon die Zeitvorgabe aufheben, weil Sie der Einzige gewesen sind, der gefragt wurde. Insofern können wir jetzt aber auch, weil wir sehr gut durchgekommen sind, noch in eine zweite Fragerunde einsteigen. Das findet soweit

Zustimmung und für die SPD-Fraktion, die wieder beginnt, fragt diesmal Kollege Keller.

Abg. **Rainer Keller** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren oben auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen. Für mich war das heute wieder ein Lehrstück, dass wir unseren Blick über den Tellerrand doch noch ein bisschen mehr weiten müssen. Ich habe selbst aus persönlicher Erfahrung 2015/2016 im Rahmen der Flüchtlingshilfe das, was Dr. Ortac gerade noch erwähnt hatte, kennenlernen dürfen. In meiner Heimatstadt in Wesel war die jesidische Gemeinde eine der ersten, die Geflüchtete aufgenommen haben, unterstützt haben, Dolmetscherarbeiten geleistet haben, einen wirklich richtig wertvollen Beitrag geleistet haben, ohne Ansehen der ethnischen Herkunft oder der religiösen Einstellung. Das verdient Respekt und ich sage hier an dieser Stelle auch nochmal meinen Dank dafür. Das war wirklich eine fantastische Arbeit, die dort geleistet wurde und für mich eine persönliche Bereicherung, weil ich vorher mit Jesiden im Grunde genommen nie in Kontakt gekommen bin oder es bewusst nie wahrgenommen habe. Das wollte ich an dieser Stelle nochmal erwähnen. Es geht aber jetzt nochmal ein Stück weit *off topic*, weil viele Fragen schon beantwortet wurden. Eine der Fragen, die mir aber wirklich noch unter den Nägeln brennt, ist die Frage nach der psychotraumatischen Behandlung. Diese geht also eher in Richtung Dr. Kizilhan: Was wird noch gebraucht bzw. was wird benötigt, um die psychotraumatischen Folgen hier noch besser zu bewältigen? Damit gebe ich an meine Kollegin Türk-Nachbaur ab.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Tekkal und auch an Herr Prof. Dr. Dr. Kizilhan. Die Aufarbeitung dieser sexualisierten Gewalt an Frauen, an Mädchen, die kann nicht nur von außen aufoktroziert werden. Das muss mit den Betroffenen, mit der jesidischen Gemeinschaft gemeinsam passieren. Was wünscht sich die jesidische Gemeinde? Wie können wir das angehen, dass die Hilfe, die wir leisten wollen, auch tatsächlich so angenommen wird und ankommt? Können Sie ein bisschen von Ihren



Erfahrungen berichten, Herr Prof. Dr. Dr. Kizilhan, wie die Aufarbeitung solcher Prozesse funktioniert? Sie sagten, dass das nicht in eins zwei Jahren oder nicht in Zeit zu bemessen ist, das wird Generationen betreffen. Können Sie ein bisschen was erzählen, wo wir unterstützend tätig sein könnten?

Der **stv. Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Dr. Kizilhan bitte jetzt beide Fragen innerhalb von vier Minuten beantworten.

SV Prof. Dr. Dr. **Jan Ilhan Kizilhan**: Vielen Dank. Wir arbeiten wie gesagt seit 2015 im Nordirak. Es gibt in der kurdischen Region Kurdistan 15 Camps. In den 15 Camps sind Jesiden mit aktuell 327 Tsd. Geflüchteten. In den weiteren fünf Camps leben 270 Geflüchtete aus Süd-West-Syrien oder Rojava. Wir haben seit diesen Jahren immer wieder versucht, die Menschen zu behandeln, was relativ schwierig ist. Der Beruf des Psychotherapeuten ist von uns mit Hilfe des Außenministeriums von einer Ausbildung zu einem Masterstudiengang entwickelt worden – hier auch noch unseren größten Dank, dass wir hier finanziert werden und dort Fachkräfte ausbilden können, damit sie vor Ort den Menschen helfen können. Bis dahin gab es den Beruf des Psychotherapeuten nicht. Es gab 2015, als wir dort angefangen haben, 26 Psychologen in der Region, der Provinz, wo wir gearbeitet haben, für damals 500 Tsd. Geflüchtete und es gab 50 bei einer Bevölkerung von 2 Mio. Es geht also auch nicht nur um die Geflüchteten, sondern auch die Einheimischen selber haben dieses nicht. Nun war es relativ schwierig das ganze dort aufzubauen. Ich will nicht in vielen Fremdwörtern sprechen, aber die Psyche ist in verschiedenen Kulturen natürlich unterschiedlich. Das heißt auch, dass die Wahrnehmung von psychischen Erkrankungen, von Trauma, von Erkrankungen einfach so wie in der westlichen Welt verstanden wird. Die Menschen dort sind aber sehr körperorientiert, sehr schambehaftet. Wir haben Frauen, die drei bis zehn Mal am Tag dissoziative Krampfanfälle bekommen – also Ohnmachtsanfälle – weil sie sich insbesondere an dieses Trauma der Vergewaltigung erinnern und vergessen wollen. Wir haben einige Frauen, die sind psychotisch

geworden, als eine mögliche Entscheidung die Realität zu verlassen, weil sie mit diesem Ereignis nicht leben können, nicht leben wollen. Das heißt, sie haben physisch überlebt, aber psychisch sind sie nicht existent. Das sind die individuellen Auswirkungen eines Traumas. Und jetzt können Sie sich das vorstellen. Wir haben in den letzten drei Jahren etwa 60 Studenten und jetzt eine dritte Studentengruppe aufgenommen. Wir werden 90 bis 120 Psychotherapeuten ausbilden. Das ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Das heißt, dass wir in der psychotherapeutischen Behandlung von Menschen nach den modernen Gesichtspunkten der Psychotraumatologie und der Medizin im Irak etwa 50 Jahre zurück sind und wir dort keine Fachkräfte haben. Wir bilden dort Fachkräfte aus, die selber Jesiden, Kurden, Suniten und Shiiten sind. Die bleiben vor Ort, die behandeln die Menschen, aber das ist nur der Beginn. Das heißt, wir werden uns über Jahrzehnte noch damit beschäftigen, dass wir überhaupt in der Gesundheitsversorgung den psychotherapeutischen und psychiatrischen Bereich so entwickelt haben, dass tatsächlich überhaupt eine Lösung möglich ist. Wie ist nun eine solche Behandlung möglich? Wenn wir tatsächlich die Möglichkeiten und ausreichend Psychotraumatologen hätten, wären wir in der Lage, das Trauma der Menschen soweit aufzuarbeiten, dass sie lernen mit den Symptomen zurecht zu kommen. Das heißt, im Augenblick sind die Symptome (wie Alpträume, wie Ängste, wie plötzliches Zusammenbrechen) so stark, dass sie keinen Alltag leben können. Auch in den Camps brechen Leute reihenweise zusammen. Sie können ihren Alltag nicht bewältigen. Wir wären in der Lage dabei zu helfen, dass die Menschen wieder lernen, ihre Symptome zu kontrollieren als einen Teil ihres Lebens. Sie werden es nie wieder vergessen. Sie werden damit leben müssen. Die Kunst unserer Heilung ist, zu lernen, wie sie damit leben können. Dazu fehlen aber die Grundelemente einer Psychotherapie wie Sicherheit, Stabilität und Orientierung. Wenn Menschen keine Perspektive haben, gehen sie wieder zurück in die Vergangenheit. Das ist etwas Nachgewiesenes. Das Gedächtnis reagiert tatsächlich so, als würden alltäglich diese Dinge passieren. Was die sexualisierte Gewalt betrifft, haben unsere Studien gezeigt, dass Scham, Angst und Dissoziation mit



körperlichen Schmerzen die häufigsten Erkrankungen sind. Was wir ihnen im Augenblick anbieten können ist, dass wir ihnen zu hören, dass wir sie stabilisieren. Aber wir können ihnen keine Perspektive geben. Wir haben auch 1.100 Frauen und Kinder nach Deutschland gebracht im Rahmen des Sonderkontingents. Dort sieht die Situation deutlich anders aus. Etwa 80 Prozent berichten von einer deutlichen Besserung, weil wir hier eben die Möglichkeit haben, Stabilität, Sicherheit und Orientierung zu geben. Das können wir im Irak leider nicht.

Sve Düzen Tekkal: Um direkt daran anzuknüpfen – im Unterschied zu Deutschland, wo es bisher nur einen einzigen Selbstmordfall gegeben hat, ist die Selbstmordrate im Irak hoch. Das klingt jetzt makaber, aber gemessen an der Selbstmordrate im Irak ist das sogar als „Erfolg“ zu verbuchen. Was wir damit sagen wollen ist, dass die desolade Situation in den IDP-Camps genau das bestätigt, was Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan gerade berichtet hat: Viele Frauen, die den IS überlebt haben, sehen keinen Ausweg mehr aus ihrer Situation und nehmen sich dann das Leben. Die Saat des IS geht eigentlich jetzt erst richtig auf, und zwar genau dann, wenn wir das Versprechen von *back to live* und auch ein Frauenbild als *agents of change* nicht einhalten können. Das heißt, es braucht strukturelle Möglichkeiten, dass diese Frauen in ihre Kraft kommen. Diesen größten Resilienzmuskel – und die Jesiden sind dazu verdammt, resilient zu sein, um zu überleben, das kennen auch viele andere Minderheiten, das ist nicht nur Jesiden vorbehalten, das kennen auch Aleviten, das kennen Christen, das kennen Muslime in anderen Kontexten, wenn wir zum Beispiel an die Rohingya denken – diesen Resilienzmuskel dürfen wir nicht bestrafen, sondern wir müssen ihn belohnen. Es braucht strukturelle Antworten und die Frauen dürfen sich nicht individuell verkämpfen. Ich möchte ein kleines Beispiel schildern: Als ich letzte Woche im Irak war, da habe ich Malika getroffen. Ich hatte Malika schon einmal getroffen auf einer Delegationsreise. Sie ist IS-Überlebende und hat sich selber aus dem Al Hoy Camp befreit. Als ich sie damals getroffen habe, hatte sie – ich kann es nicht anders sagen – den „Schalk im Nacken“ sitzen. Sie war fröhlich, sie hatte ein Buch geschrieben, sie ist nach vorne

gegangen und als sie gefragt worden ist, auch von der damaligen Ministerin, was sie sich wünscht, und das höre ich von ganz vielen Frauen aus IS-Gefangenschaft, war die erste Antwort nicht eine Trauma-Therapie, obwohl die wichtig ist, sondern: „Ich will einen Job. Ich möchte Zukunftsaussichten, ich will Sicherheit, ich will eine Wohnung, ich will Geld verdienen, ich will meinen Kindern etwas bieten.“ Das sind ganz profane einfache Wünsche. Wenn wir das nicht einlösen können, dann geht es wieder zurück mit diesen Frauen und mit Malika. Ich habe sie letzte Woche noch einmal getroffen und sie nicht wiedererkannt. Sie ist mittlerweile in psychiatrisch medikamentöser Behandlung. Von dem damaligen Lebensgeist Malikas ist nichts mehr übrig. Das hat mich persönlich auch nochmal in meinen Grundwerten erschüttert, weil wir auch mit *back to live* genau an diesem Punkt ansetzen mit unseren Projekten vor Ort. Diese setzen wir in Zusammenarbeit mit dem BMZ und der GIZ, wofür wir sehr dankbar sind, um. Auch mit viel Unterstützung von Abgeordneten: Frau Neumann, die ich hier sitzen sehe, hat uns besucht, Herr Lucks war letzte Woche da. Es sind ganz viele unterschiedliche Menschen dort zugegen und das ist wichtig. Ich sage Ihnen warum. Wir müssen nichts schön reden. Im Moment ziehen die NGOs ab. Auch die Projektfinanzierung lässt zu wünschen übrig. Sichergegläubte Projekte werden nicht mehr finanziert, es wird jetzt fokussiert auf die Ukraine. Ich will keine Opferkonkurrenz betreiben, das ist wichtig. Aber trotzdem dürfen die Menschen dort vor Ort nicht vergessen werden. Wir profitieren auch von den Traumapsychologen von Jan Ilhan Kizilhan, die auch bei uns im Einsatz sind, und wir haben sehr viele junge Frauen, die in IS-Gefangenschaft waren, auch selber eingestellt, damit sie Einkommen und Weiterkommen generieren. Denn die Würde fängt dann an Risse zu bekommen, wenn die Möglichkeiten fehlen und dann entsteht auch sowas, wie ein Selbstmordgedanke. Da haben wir ganz unterschiedliche, grausame Fälle. Ich kann nur sagen, dass ich immer wieder erstaunt darüber bin, mit wie viel Kraft die Menschen trotzdem diesen Alltag begehen. Wenn wir ihnen aber die Hoffnung nehmen, ich sage es nochmal, dann geht die Saat des IS auf und dann haben wir langfristig verloren. Genau das ist eigentlich der Punkt, der



uns interessiert, auch als Menschenrechtsorganisationen mit HAWAR. Wie schaffen wir es, die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort zu verbessern? Wir sind zum Beispiel mit unseren Projekten direkt in den IDP-Camps, weil die Menschen dort seit über acht Jahren nicht rauskommen. Also müssen wir zu den Frauen und den Männern gehen und es ist eigentlich ein Unding, dass sie fast acht Jahre nach diesem Völkermord, immer noch in dieser Zwischenwelt sind. Viele sagen, es sei ein Tod auf Raten, also ein langsames Sterben. Es sei so ein dahinvegetieren und sie spüren auch, dass die NGOs kein Interesse mehr haben, dass die Länder kein Interesse mehr haben. Sie fühlen sich so vergessen. Ich glaube, das können und dürfen wir uns nicht erlauben. Deswegen als Antwort kann ich nur sagen, die Entwicklungszusammenarbeit vor Ort muss gestärkt werden, insbesondere dann, wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen wollen. Letzter Punkt, der mir generell noch wichtig ist, weil dieses Thema oft auch Gefahr läuft, benutzt zu werden, dass wir als Feigenblätter benutzt werden, auch gegen den bösen Islam. Das ist nicht unsere Absicht! Uns geht es um etwas anderes. Uns geht es darum, den radikalen Teil, den extremistischen Teil, zu bekämpfen und klar zu machen, dass der eine Gefahr ist, vor allem auch für die Muslime, für die Minderheiten sowieso. Ich will nochmal sagen, es geht um die Friedensausöhnung. All unsere Projekte finden unter Beteiligung aller Religionsgemeinschaften statt und das war nicht einfach. Wir setzen auf diejenigen, denen es um Versöhnung geht. Aber wir machen das nicht, indem wir uns als Feigenblätter benutzen lassen und das pauschalisieren. Wir haben gespürt, was diese Pauschalisierung bedeutet – die Entmenschlichung, das ist den Jesiden widerfahren. Es fängt immer mit den Feindbildern an und genau da müssen wir vorsichtig sein. Aber ich sage Ihnen offen und ehrlich, diese ganze Gesamtsituation ist nicht einfach, vor allem für diejenigen, die betroffen sind.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion Michael Brand.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte

als erstes einen großen Respekt zum Ausdruck bringen für das stolze Volk der Jesidinnen und Jesiden für das, was sie ertragen haben und das sie sich nicht haben brechen lassen. Das, was passiert ist, war Völkermord. Dass Sie mit Ihrer Kraft dagegengestanden sind und heute für Ihre Rechte, für Ihre Religion, für Ihr Volk kämpfen, das ist nicht nur Ihr gutes Recht, das ist auch Ihre Pflicht und ich glaube es ist auch die Pflicht Ihrer Freunde, Sie dabei zu unterstützen. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, Ihnen Herr Kizilhan, auch hier ausdrücklich in diesem Ausschuss zu danken, weil Sie ein Pionier in diesem Bereich sind. Sie haben in den letzten Jahren viel Hoffnung gebracht und Sie haben eine so wertvolle Arbeit geleistet. Vielen Dank dafür. Meine erste Frage möchte ich an Herrn Alkaidy richten. Mich interessiert, dass Sie uns vielleicht noch einmal sagen, was die konkreten Unterstützungen sind, die Sie sich erhoffen. Wir haben eine Reihe von Punkten hier gehört – das Thema Anerkennung Völkermord, das Thema Deradikalisierung, Kontingente. Was sind aus Ihrer Sicht die wirklich wichtigsten Punkte. Zweitens haben wir auch erfahren, wie schwierig auch die Diskussionen in Ihrer Gemeinschaft sind, welche Herausforderungen es gibt. Herr Prof. Jeßberger hat beschrieben, dass Sie am Ende auch Gefahr laufen, als Gruppe nicht mehr zu bestehen. Was tun Sie selbst in diesem Bereich? Ich finde im Übrigen sehr wichtig, was Frau Tekkal gerade eben gesagt hat, dass man sich nicht instrumentalisieren lassen darf – ich sagte das schon im Hinblick auf die Abstimmung am Mittwoch. Wenn man sich auf der einen Seite beim Kriegsverbrecher Putin in die Deckung begibt und dann gleichzeitig die Jesiden instrumentalisiert gegen alle Muslime. Gegen radikale Muslime muss man vorgehen – das gilt im Übrigen nicht nur für Muslime, sondern für alle Extremisten und alle Radikalen. Die zweite Frage möchte ich an Herrn Ritscher stellen. Herr Ritscher, es ist so, dass ein Parlament sich immer schwer tut, einen Genozid anzuerkennen. Der Deutsche Bundestag hat das gezeigt in seiner Geschichte, wenn ich an den Völkermord an den Armeniern denke. Der Bundestag hat sich viel zu lange Zeit gelassen, um das als Völkermord zu benennen. Wir erleben jetzt im Jahr 2022 im Übrigen das Gleiche bei den Uiguren. Geburtenkontrolle, Zwangssterilisation – natürlich



ist das, was dort passiert, Völkermord, nicht mehr mit den Mitteln wie im Mittelalter, sondern mit moderner Technologie, mit KI, mit Zwangssterilisation. Deswegen würde mich von Ihnen interessieren, dass Sie dem Gesetzgeber auch nochmal ein paar Argumente nennen – Sie sind nicht nur Jurist, sondern auch Staatsbürger, Sie sind Sachverständiger für den Bundestag – deswegen möchte ich Sie gerne in die Versuchung bringen, auch an dieser Stelle noch ein paar Argumente zu nennen. Ich würde bitten, dass Sie uns Ihre Einschätzung geben, welches Signal eigentlich davon ausgeht, wenn der Deutsche Bundestag das, was aus meiner Sicht dort passiert ist, nämlich Völkermord, das auch als solchen benennt.

Der **stv. Vorsitzende**: Dankeschön. Dann als erstes Herr Alkaidy.

SV Gohdar Alkaidy: Vielen Dank, Herr Brand, für die Frage. Was für konkrete Unterstützung brauchen die Jesiden? Das, was ich jetzt sage, sind nicht meine persönlichen Erfahrungen oder Ansichten, sondern wirklich die jener Menschen, die diese Hilfe brauchen. Deswegen sind wir heute hier. Im Rahmen meiner früheren Arbeit als Reporter und Journalist habe ich mit unzähligen Menschen gesprochen. Wir haben Kinder interviewt, die in IS-Gefangenschaft waren, ihre Familien, wenn sie noch welche hatten. Die konkreten Unterstützungspläne oder Angebote, wenn es möglich wäre, sind das, was sich die Menschen vor Ort wünschen und das ist an erster Stelle der Aufbau der Infrastruktur. Das ist das A und O, natürlich neben Sicherheit. Die irakische Armee hat eine große Anzahl an Sicherheitskräften dort stationiert, auch um zu signalisieren, dass es sicher sein kann. Natürlich gibt es auch andere Milizen. Ich bin aber kein Militärexperte, sondern ich bin hier Sachverständiger und als Petent dieser Petition. Diese konkrete Unterstützung kann wirklich nur helfen, wenn zum Beispiel die Infrastruktur aufgebaut wird. Neben der Infrastruktur ist die Kampfmittelräumung, die Beseitigung, sehr wichtig. Immer wieder, alle paar Wochen, sterben Kinder bei irgendwelchen Spielen auf Feldern oder in verwaisten Häusern, die immer noch vermint sind. Sie finden Bücher, in denen

Sprengsätze versteckt sind und dann sterben sie leider. Unschuldige Menschen, die hier ausbluten, Taten, Verbrechen, die immer noch geschehen und das seit sieben Jahren. Auch nach der offiziellen Zerschlagung der Terrormiliz IS. Bisher ist leider sehr wenig von Seiten der irakischen Regierung gemacht worden. All das, was passiert, schreckt natürlich die Menschen ab. Mir wurde gesagt, dass sie in den Flüchtlingslagern aktiv davon abgehalten werden, zurückzukehren in ihre Heimat, um die Region, die traditionell jesidische Region Shingal, von Jesiden zu befreien. Das ist leider ein politischer Spielball. Düzen Tekkal hat das auch gesagt. Wir dürfen das einfach nicht zulassen. Tatsächlich wird die Region aber leider so missbraucht und zwar zwischen vielen Milizen, vielen politischen Parteien, zwischen der Zentralregierung und der Regionalregierung. Dazwischen gibt es noch andere, die mitwirken. Was sind die konkreten Unterstützungen oder Wünsche der Menschen, wie man ihnen dort vor Ort helfen kann? Was die Jesiden selbst tun, das hat Herr Kaba gesagt. Die allermeiste Hilfe für die Jesiden dort vor Ort, für die Menschen, die wirklich sehr unter diesem Völkermord gelitten haben, kommt bis heute aus dem Ausland. Die größte Unterstützung kommt aus Deutschland, von den jesidischen Organisationen. Und dies allein aufgrund der Tatsache, dass die größte jesidische Diaspora mit über 200 Tsd. Menschen natürlich hier in Deutschland beheimatet ist. Die legen sich wirklich ins Zeug. Und wenn es sein muss, springt man auch über seinen Schatten und trotz wirklicher politischer Differenzen ist man am Ende doch nur ein Mensch und da wird viel gemacht. Aber es ist leider immer noch viel zu wenig, weil der politische Widerstand vor Ort im Irak leider viel zu groß ist. Der eine schiebt es auf die Regionalregierung, die Regionalregierung schiebt es auf die Zentralregierung und vor Ort toben sich Milizen aus. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Dankeschön. Dann gebe ich jetzt das Wort Herrn Ritscher. Das ist auch ein schwerer Fragenkomplex, der Ihnen jetzt vorliegt.

SV Christian Ritscher: Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für Ihre Frage. Ich finde es grundsätzlich ehrlich gesagt begrüßenswert, wenn es sich ein Parlament nicht zu einfach macht



darin, eine strafrechtliche Kategorie auf einen historischen Sachverhalt anzuwenden. An und für sich sind der Völkermordtatbestand und der Völkermordbegriff nicht geschaffen worden, um in Parlamenten diskutiert zu werden, sondern um in Strafgerichten verhandelt zu werden. Ich glaube, das hat auch seinen guten Grund. Denn Sie haben es eben angesprochen: Andere Völkermorde in der Geschichte sind keineswegs unstrittig in dem Sinne, dass sich da niemand findet, der eine andere Meinung verträte, auch völkerrechtlich eine andere Meinung verträte. Ich glaube, dass wir hier eine grundsätzlich andere Situation haben. Ich weiß nicht, ob es eine zweite Meinung gibt, was den Völkermord an den Jesiden anbelangt. Ich kenne keine, um es ganz deutlich zu sagen. Von daher glaube ich, dass sich der Deutsche Bundestag hier auf eine relativ gesicherte, tatsächliche Grundlage stützen kann. Wie gesagt, natürlich ist der Abschlussbericht oder der Bericht von Unidad, auch wenn er mehr als 550 Seiten umfasst, kein Urteil. Aber ich glaube, es ist doch eine sehr sorgfältige Stoffsammlung, die gut zusammenfasst, was den Jesiden durch die Straftäter des IS unter juristischen oder strafrechtlichen Gesichtspunkten angetan wurde. Wir haben das – Herr Prof. Jeßberger hat es angesprochen – leider noch nicht rechtskräftige Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt, das aber – glaube ich – gleichwohl auf einer sehr breiten Tatsachengrundlage fußt. Auch wenn es sich natürlich nur gegen eine spezifische Person, gegen den Angeklagten richtet, wurden aber trotzdem die sogenannten *contextual elements* – also der Völkermord als solcher – auch einer Beweisaufnahme unterzogen. Von daher glaube ich, dass das Argumente sind, die der Deutsche Bundestag durchaus in Betracht ziehen kann. Ein Stück weit vollzieht man politisch nach, was juristisch oder strafrechtlich bereits vorgezeichnet wurde. Das wäre aus meiner Sicht ein relativ wichtiges Argument für eine Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden durch ein Parlament, sei es jetzt durch den Deutschen Bundestag oder jedes andere Parlament in der Welt. Zu den Auswirkungen können glaube ich andere hier in der Runde mehr sagen als ich. Ich persönlich kann nur aus meiner eigenen Wahrnehmung aus Gesprächen mit Jesidinnen und Jesiden im Irak, aber auch in Deutschland und aus Gesprächen im internationalen Kontext

sagen, dass natürlich schon gesehen wird, was da passiert. In strafrechtlicher Hinsicht – ich habe es vorhin erwähnt – hat das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt erhebliche Bedeutung und ist vielfach wahrgenommen worden. Auch im Irak ist mir das jedenfalls von Jesidinnen und Jesiden immer wieder gesagt worden, dass es wichtig ist, dass in einem rechtsstaatlichen Verfahren hier in Deutschland dieser Völkermord als solcher festgestellt wurde. Ich kann mir vorstellen, dass – das ist aber jetzt aus meiner Sicht ein Stück weit spekulativ – natürlich eine Anerkennung durch den Deutschen Bundestag nochmal sozusagen einen draufsetzen würde und eine erhebliche Aufwertung der Anerkennung dieses Völkermordsgeschehens zur Folge hätte.

Der stv. **Vorsitzende:** Vielen Dank. Es folgt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Lucks.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer. Wenn wir hier über dieses Verbrechen reden, dann verteidigen wir Menschenrechte nicht nur für Jesidinnen und Jesiden, sondern auch für uns selbst. Das hat Frau Tekkal gesagt, das hat Frau Türk-Nachbaur gesagt. Es gibt eine Fraktion hier im Deutschen Bundestag, die versucht diesen Völkermord für sich zu nutzen und ich möchte mich dafür entschuldigen. Mich beschämt das und es ist durchschaubar, Herrichert, denn als dieser Ausschuss vor wenigen Wochen noch über die gemeinsame Erklärung zu Osman Kavala abgestimmt hat, der auch deshalb ins Visier des türkischen Regimes geraten ist, weil er in der Türkei die Verständigung zum Beispiel auch mit Jesiden gesucht hat, war diese Fraktion die einzige Fraktion in diesem Ausschuss, die der gemeinsamen Erklärung nicht zugestimmt hat. Das zeigt, wie durchschaubar Ihr Versuch, ist und wir werden das nicht mitmachen, dass Sie diesen Völkermord für sich instrumentalisieren. Aber weil Menschenrechte universell sind, müssen wir auch sehen, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch im transnationalen Rahmen stattfinden. Wir wissen, dass viele der Täter des IS, die diese Verbrechen, diese fürchterlichen Verbrechen, begangen haben, aus Deutschland



kamen und ich würde dazu gerne von Frau Tekkal erfahren wollen, welche Verantwortung kommt dadurch Deutschland zu und müssen wir besser werden in der Frage der Strafverfolgung von Tätern bei den Verbrechen, die hier begangen wurden und auch hinsichtlich der Täter, die wieder unter uns leben. Eine Frage an Herrn Kizilhan: Sie fordern eine multinationale Taskforce unter dem Dach der Vereinten Nationen für die Sinjar-Region. Könnten Sie nochmal ein bisschen ausführen, was genau Sie sich darunter vorstellen?

Der stv. **Vorsitzende:** Frau Tekkal, bitteschön.

Sve Düzen Tekkal: Nicht nur der Frankfurter Prozess, sondern auch der Koblenzer Prozess zeigen, dass Kriegsverbrecher nicht haltmachen vor den Toren Europas. Deswegen ist das Prinzip der Weltgerichtsbarkeit nach den Rom-Statuten eine Sicherheitsmaßnahme für die eigene Gesellschaft. Also geht es gar nicht nur darum, was den Schutz der Jesiden angeht, sondern um den Schutz einer immunisierten Gesellschaft. Die Diversität, die Globalisierung, die Internationalisierung bringt überwiegend viel Gutes hervor. Es bringt aber natürlich auch die Grundsatzfrage hervor, wie mit dem entmenslichenden Teil, mit Kriegsverbrechern umgegangen werden soll, die hier unbescholten unterwegs sind. Ich glaube, dass ich im Namen von uns allen spreche, dass keiner von uns ein Interesse daran hat, dass Kriegsverbrecher frei rumlaufen, sondern dass wir alle wollen, dass sie hinter Schloss und Riegel kommen, ob in der Herkunftsregion oder eben hier, und da gibt es einfach zwei Möglichkeiten. Auch Herr Kaba hat es noch einmal angesprochen, dass die kurdische Selbstverwaltung ziemlich im Stich gelassen worden ist in den letzten Jahren. Der Schutz, der weltweit auf dem Spiel stand, ist aber vor allem auch ihr zu verdanken. Der Islamische Staat ist sozusagen international, digital und analog organisiert. Das ist ein dezentraler Terrorismus. Das haben uns die Anschläge gezeigt. Also vergessen wir das oder ist das nicht in unserem Bewusstsein, was beispielsweise in Frankreich passiert ist oder auch hier am Breitscheidplatz? Das heißt, dass es darum geht, dass Konzepte und Antworten entwickelt werden müssen, auch für

die Rückkehr der *Foreign-Fighters*, von denen wir Tausende haben. Unterschiedliche Länder, ob Frankreich, Belgien oder eben auch Deutschland, stehen genau vor dieser Herausforderung. Es ist vor allem der Arbeit der Sicherheitsbehörden zu verdanken, dass überhaupt dieser Prozess von Taha Al-J. vor dem Oberlandesgericht Frankfurt zustande kam, weil er aus Griechenland ausgeliefert worden ist. Das heißt diese Sicherheitsbehörden müssen gestärkt werden. Die Ermittlungsbehörden müssen auch unter Einbeziehung der Menschen vor Ort mit eingebunden werden. Das heißt Diversität im besten Sinne. Das Innenministerium wurde gerade schon angesprochen. Es geht auch um Rassismus, der auch zustande kommt von Menschen mit Fluchthintergrund. Das schließt sich nicht gegenseitig aus. Mit Diversität umgehen, heißt, dass wir auch Rechtsextremismus, der beispielsweise aus unterschiedlichen Regionen kommt, genauso bekämpfen müssen, wie auch deutschen Rassismus. Das ist für uns selbstverständlich, weil die Welt der Jesiden immer von mehreren Seiten bekämpft wurde, aber, und das ist jetzt ganz entscheidend: Es ist so, dass diese zahlreichen IS-Anhänger aus Deutschland, die in den Gefängnissen, festgehalten werden, ein Sicherheitsrisiko darstellen. Da muss man was entgegensetzen. Da hat man zwei Möglichkeiten, entweder dort das Tribunal anzuschieben, mit all den Voraussetzungen, die das hat, und eben auf der anderen Seite, das ist der zweite Weg, wenn diese Personen nach Deutschland kommen, ihnen hier Gerichtsprozesse zu machen. Da zitiere ich Jesiden, die Angehörige verloren haben, einen Vater, der ein sechsjähriges Mädchen verloren hat. Der hat gesagt: „Ich will nicht, dass die Mörder meiner Tochter geköpft werden. Das will ich nicht. Ich will, dass ein internationales Strafgerichtsverfahren angestrengt wird, damit sie für das bestraft werden, was sie getan haben und wir wollen nicht dasselbe machen, wie das, was sie mit uns gemacht haben.“ Das heißt, um auch nochmal das zu sagen, was Herr Alkaidy sagt – wir sitzen heute stellvertretend hier auch für die Menschen, die heute nicht hier sein und sprechen können, weil sie in den IDP-Camps sitzen. Diese Menschen wollen juristische Gerechtigkeit, und dass ist die Immunisierung auch ihrer Krankheit. Sie sagen auch, alle kennen das Wort *genocide*,



obwohl sie nicht alle Englisch sprechen, aber sie wissen was es bedeutet und das ist auch für diesen Erhalt ganz wichtig. Das heißt, die juristische Frage, wie mit den *Foreign-Fighters* umzugehen ist, das ist eine ganz entscheidende, vor allem aber auch mit den Helfershelfern. Also die Frage ist tatsächlich auch in der Zukunft, wie gehen wir mit Terrorismus um, mit Extremismus um? Was entwickeln wir für konkrete Maßnahmen? Die Anerkennung des Völkermords beispielsweise würde bestimmte Kräfte aus dieser Richtung wieder in die Ecke treiben. Wenn wir das nicht tun, dann passiert genau das, was Herr Kaba auch gesagt hat, dass die Menschen, also auch die IS-Kämpfer sich dann bestärkt fühlen, auch von einer restriktiven Politik.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächster Herr Prof. Dr. Dr. Kizilhan.

SV Prof. Dr. Dr. **Jan Ilhan Kizilhan**: Vielen Dank. Aus meiner zweiten Fachexpertise als Islamwissenschaftler und Orientalist habe ich bereits 2010/2011 ein Gutachten für die Gesellschaft für bedrohte Völker zur Situation der Jesiden geschrieben. Leider hat sich dann die Situation 2014 so bewahrheitet. In diesem Gutachten haben wir damals auch schon diskutiert, inwiefern die Jesiden dort im Irak einen autonomen Status oder eine Provinz bekommen sollten, um eben tatsächlich ihre kulturellen Rechte oder ihre religiösen Rechte leben zu dürfen. 2007, das war einer der Anlässe, gab es da einen der ersten großen Angriffe der Al Quaida, die parallel in zwei Orten Bombenanschläge verübt hat, bei denen 500 Jesiden ums Leben kamen. Das heißt, es hat nicht mit dem IS angefangen. Schon damals in der kurdischen Region Irak, aber auch in Bagdad, gab es die ersten Angriffe gegen Jesiden. In Duruk sind Geschäfte von Jesiden verbrannt worden. In Bagdad sind Großunternehmer ermordet worden. Das heißt, es gab schon eine Tendenz in dieser Richtung. Wir haben gesagt, was brauchen denn die Jesiden eigentlich, um dort langfristig leben zu können? In der Diskussion war es tatsächlich von damals bis heute – und das werden alle Teilnehmenden hier bestätigen, die irgendwann mal in Kurdistan bei den Jesiden waren. Die Menschen vor Ort sagen: Wir wollen Sicherheit.

Wir haben kein Vertrauen in die Peshmerga, die sich zurückgezogen haben 2014/2015. Wir haben kein Vertrauen in die irakische Armee, die sich 2014 aus Mosul selbst mit fast 200 Tsd. Soldaten ohne eine Gegenwehr zurückgezogen hat. Also wer soll uns schützen? Wer gibt uns denn die Garantie, dass, wenn wir wieder zurückgehen, in unseren Siedlungsgebieten nicht Al Quaida wiederkommen kann? Hakeema hat eindrucksvoll erzählt, dass die Täter unter anderem die Nachbarn sind. Also der IS mit den Konvertiten, die zurückgegangen sind, das ist die Mehrheit. Das heißt, die Bevölkerung in Syrien und vor allem die Mehrheit des IS sind einheimische Iraker, Kurden, Muslime, Araber anderer Länder. Ich habe mit Patienten Interviews geführt, deren Vergewaltiger die eigenen Lehrer waren, die dort in Sinjar unterrichtet haben. Das ist die Realität. Deshalb, Herr Lucks, war unsere Forderung und ist immer noch eine Forderung, die nach einer internationalen Truppe, ähnlich wie den Blauhelmen, auch wenn es nur eine symbolische Art ist. Sie sagen, wir brauchen eine Art Hotline, wenn wir dort sind, dass irgendjemand die Welt anruft und sagt, die kommen wieder und sie wollen uns ermorden. Wir brauchen ein gewisses Gefühl von Sicherheit. Es geht nicht darum, dass 100 Tsd. Soldaten dort hingehen, sondern das einige Stellen dort über die UN eingerichtet werden, die Ansprechpartner sind, für die zurückkommen. Das andere ist, es gibt ein Abkommen zwischen Bagdad und Erbil, auch mit Unterstützung der UN, über zehn Punkte wie Administration, Wirtschaft und eben die Milizen, darüber, wie dort Shingal wieder besiedelt wird. Allerdings waren die Jesiden in der ersten Phase nicht beteiligt. Man hat die Jesiden nicht gefragt, wie sie sich ihre Zukunft in ihrem eigenen Siedlungsraum vorstellen. Man hat das wieder einigermaßen revidiert, aber sie sind im Augenblick trotzdem nicht in der Lage, diese zehn Punkte zu verwirklichen. Sowohl Bagdad, so ernsthaft und schmerzlich das auch klingen mag, als auch Erbil sind im Augenblick nicht daran interessiert, dass die Jesiden zurückkehren, dass sie wieder Frieden haben. Ihre Prioritäten sind im Augenblick andere. Daher hat die internationale Gemeinschaft nur durch die Anerkennung des Völkermords an den Jesiden eine höchstsymbolische, politische Wirkung, die tatsächlich auch in Bagdad und in Erbil



ankommen wird. Wir brauchen vor Ort eine internationale Taskforce, die unmittelbar für den Schutz der Jesiden vorhanden ist, damit sie wieder zurückkehren wollen in das Land der Jesiden, nach Shingal, in eine Art Provinz oder Autonomie. Nach § 140 der irakischen Verfassung ist es möglich, dass sie selbst entscheiden, wie und in welcher Form sie dort leben.

Der stv. **Vorsitzende:** Vielen Dank. Nun Herr Sichert für die AfD.

Abg. **Martin Sichert** (AfD): Vielen Dank. Ich finde es super, dass hier an den Holocaust erinnert wurde, denn eine der Konsequenzen daraus war die Gründung des Staates Israel. Israel musste bis heute mindestens acht Kriege gegen seine muslimischen Nachbarn gewinnen, weil dort nicht wenige davon träumen, Israel und die Juden im Nahen Osten zu vernichten. Der Hass, den radikale Muslime auf Juden haben, der ist schon furchtbar. Der ist aber noch schlimmer gegen die Jesiden, weil die keine Buchreligion sind. Im Gegensatz zu Israel haben die Jesiden keine starke Armee. Wie Frau Taha gesagt hat, hatten die Jesiden keinen, der sie unterstützt. 3.000 Jesidinnen sind noch in islamischer Gefangenschaft, wie wir hier gehört haben, Tausende vermisst. Herr Kaba hat dargelegt, dass Hilfgelder bei den Jesiden nicht ankommen, Jesiden werden daran gehindert nach Shingal zurückzukehren. Vor einigen Tagen erst wurde ein 12-jähriger Junge im Geschäft seines Vaters bei einem türkischen Bombardement in Shingal getötet. 74 Genozide haben die Jesiden nach eigener Zählung in ihrer Geschichte erlebt. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, ob wir nur zuschauen oder ob wir handeln wollen. Es wurde jetzt eine Schutzzone der Vereinten Nationen ins Gespräch gebracht und da wüsste ich ganz gerne von Herrn Kaya, ob es wünschenswert wäre, wenn wir als Bundestag beispielsweise sagen, wir beschließen, diesen Völkermord anzuerkennen und setzen uns dann bei den Vereinten Nationen dafür ein, dass es dort eine Schutzzone in Shingal, in diesem ursprünglichen Siedlungsgebiet der Jesiden, gibt. Ich wüsste gerne von Frau Taha, die tatsächlich dieses Geschehen damals erlebt hat, wie sie die Lage der Jesiden heute im Irak beurteilt und ob sie glaubt, dass sich das, was

damals passiert ist, wiederholen könnte und ob dort Jesiden weiterhin diskriminiert werden.

Der stv. **Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann zunächst Herr Kaba:

SV **Yilmaz Kaba:** Genau, Herr Kaba – nicht Herr Kaya. Grundsätzlich ist eine Schutzzone für die Jesiden eine richtige und wichtige Angelegenheit. Wie wir schon von den meisten Sachverständigen gehört haben, fühlen sich die Jesiden einfach nicht geschützt, nicht durch die Regionalregierung und nachweislich auch nicht durch die Zentralregierung. Schutzzone hin oder her, wir möchten nicht, dass irgendwelche Glaubensgemeinschaften, Religionsgemeinschaften aufeinandergehetzt werden. Die Jesiden sind nicht bereit für die Instrumentalisierung solcher Angelegenheiten, sondern sie sagen immer wieder, wir sind bereit für den Dialog, für die Versöhnung. Wir haben es gerade gehört. Die militärischen Streitkräfte aus Rojava haben bewiesen, dass ein Zusammenleben jenseits von Ausgrenzung, von Kultur und Sprachen möglich ist und das wollen die Jesiden auch in Shingal nachleben. Sie haben keine rassistischen oder faschistischen Absichten gegenüber anderen Glaubens- und Religionsgemeinschaften oder gegen andere Bevölkerungsgruppen. Sie möchten sich weiterhin auf das Wesentliche konzentrieren: auf ihre Existenz, ihre Zukunft, ihre Perspektive, ihren Schutz und vor allem auch darauf, dafür zu sorgen, dass die Jesiden international als eigenständige Glaubensgemeinschaft anerkannt werden, in vielen Hinsichten sogar als eigenständiges Volk und natürlich auf die Anerkennung des Völkermords, weil das ihnen sehr viel sichert, vor allem auch die Möglichkeit, dass dann im Nachhinein solche Völkermorde nicht mehr stattfinden können unter den Augen der Öffentlichkeit, unter den Augen der internationalen Staatengemeinschaft. Schutzzone ja, aber nicht um jeden Preis und vor allem nicht gegen andere.

Der stv. **Vorsitzende:** Vielen Dank. Frau Taha.

SVe **Hakeema Taha:** Danke für Ihre Frage. Derzeit



gibt es immer noch über 215 Tsd. Menschen, die seit sieben Jahren im Flüchtlingslager im Nordirak leben. Sie leben in diesem Lager seit August 2014. Die Situation ist schlimm, sie stehen vor vielen Herausforderungen. Stellen Sie sich vor, in diesem Lager leben seit sieben Jahren sieben Personen in einem Zelt, das acht Quadratmeter groß ist. Es fehlt an Wasser und Strom, es fehlt an Infrastruktur. Außerdem gibt es für die Erwachsenen kaum Arbeitsmöglichkeiten. Für die Kinder gibt es keine richtige Schule im Camp. Sie haben einfach keine Zukunft. Sie haben gar keine Möglichkeiten. Sie haben keine Hoffnung in diesem Camp. Die Menschen sind unsicher, in die Region Shingal zurückzukehren. Sie sind sich nicht sicher, ob es nach einiger Zeit wieder gefährlich wird. Es ist immer noch gefährlich, in den Shingal zurückzukehren. Sie sind unsicher. Sie haben immer noch keine Sicherheit. Vielen Dank.

Der stv. **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann würde ich jetzt die FDP-Fraktion mit Peter Heidt aufrufen.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank. Ich glaube es ist hier deutlich geworden, wie wichtig die Arbeit an dieser Petition gewesen ist. Ich glaube, es ist auch ein gutes Zeichen, dass heute viele Angehörige der jesidischen Jugend als Zuschauerinnen und Zuschauer anwesend sind und damit auch dokumentieren, wie wichtig dieses Thema insgesamt für diese Gesellschaft ist. Ich glaube, es ist uns auch klar geworden, dass wir – über die Anerkennung des Völkermordes hinaus – eine unglaubliche Aufgabe haben. Gerade aufgrund unserer Geschichte ist es nach der Auffassung der Freien Demokraten wirklich sehr wichtig, dass wir diese Vorreiterrolle auch spielen, weltweit. Frau Düzen Tekkal, Sie haben schon drüber gesprochen, was passiert ist mit der Frage der vergewaltigten Frauen. Aber Sie haben auch deutlich gemacht, dass die jesidische Identität der Kinder nicht anerkannt wird. Wir haben auch von Prof. Dr. Dr. Kizilhan sehr viel gehört. Sehen Sie eine Chance, dass der hohe Rat der Jesiden sich an der Stelle nochmal bewegt und vielleicht doch erkennt, dass es auch für die Jesiden insgesamt von großer Bedeutung ist, auch diese Kinder als Jesiden anzuerkennen? Das ist

das eine. Das andere ist – ich würde das gerne von Herrn Prof. Dr. Dr. Kizilhan noch einmal hören, denn Sie haben schon viel erzählt über die Frage der Trauma-Therapie und sie haben auch dieses Buch geschrieben „Schweigen ist tödlich – Von Gewalt, Trauma und Kultur“. Wir haben das Problem, dass wir natürlich in gewissem Umfang Menschen hier nach Deutschland holen können. Das sollten wir auch ausbauen. Dann müssen wir hier eine Traumata-Therapie anbieten. Aber wir müssen auch verstärkt schauen – denn das muss auch unser Ziel sein – wie wir die Jesiden wieder in ihrer Heimat etablieren können. Was stellen Sie sich vor, kann unser Staat in diesem Hinblick tun? Können wir eine fundierte Traumatherapie von Deutschland aus in den Heimatgebieten der Jesiden in irgendeiner Form unterstützen oder etablieren? Danke.

Der stv. **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Tekkal.

Sve **Düzen Tekkal**: Nach irakischem Recht sind diese Kinder die Kinder der IS-Vergewaltigten. Das finde ich nochmal wichtig, zu betonen. Das heißt auch, da muss angesetzt werden. Ihre Frage zielt aber darauf ab, was leistet die jesidische Gemeinde und genau deswegen sitzen wir heute hier. Trotzdem finde ich es wichtig, dass in den Gesamtkontext zu setzen. Sie können sich sicher sein, das hören Sie auch an dem Geraune an der einen oder anderen Stelle, dass die jesidische Diaspora intensiv diskutiert und gegenwärtig sehr vielen Transformationsprozessen ausgesetzt ist. Der Transformationsprozess ist beispiellos, wenn ich an das Leben unserer Großmütter denke und das Leben, was wir heute führen. Insofern gibt es nichts, woran ich nicht glaube. Das ist tatsächlich auch ein Ansatz, wo wir ganz fest von überzeugt sind, auch in dem gemeinsamen Austausch, dass es Lösungen geben muss für die Kinder ohne Namen. Diese Kinder ohne Namen harren immer noch auch in den Al Hoy Camps aus, weil sich die Mütter teilweise nicht zurück trauen und selber nicht wissen, wohin mit sich, und auch da zum Spielball gemacht werden – einmal der verschiedenen Regierungen, die daran mit beteiligt sind, aber natürlich gibt es auch noch einen sehr weiten innerjesidischen Prozess. Da müssen wir nichts schönreden. Das heißt in dem Moment, wo wir Kritik üben an dem



Traditionsverständnis, das eben auch dazu führt, dass Menschen ermordet werden, müssen wir immer wieder auch die drei Punkte von Prof. Dr. Dr. Kizilhan in den Raum stellen: Nämlich einmal, dass es den roten Völkermord gibt – das ist das, was der IS gemacht hat, der blutige. Dann gibt es den weißen Völkermord – das ist die Resettlement Politik der Türkei gewesen, so dass dort kein jesidisches Leben mehr ist. Und der dritte ist das, was wir mit uns machen. Das heißt, es wird die zentrale Frage für den Fortbestand des Jesidentums sein, wie Reformen aussehen können, ohne dass der Wesenskern und die Kultur davon betroffen sind. Aber auch da gilt selbstverständlich, und wer unsere Arbeit kennt, der weiß das, dass auch die Frage nach der Selbstbestimmung der Frau in teilweise orientalistisch-patriarchalisch geprägten Gesellschaften gestellt werden muss, auch für den Fortbestand. Aber ich möchte auch nochmal sagen, dass die Rolle der Frau, insbesondere auch im Jesidentum, immer ambivalent war. Es ist nicht nur so, dass über die Frauen als Opfer verhandelt wird. Das zeigen uns beispielsweise die IS-Überlebenden. Das ist ein ganz klarer Beleg dafür, wie viel Selbstbewusstsein es da gibt und was für ein kulturelles Verständnis das voraussetzt. Aber ich will auch nichts schöner reden, als es ist. Es ist immer noch verdammt hart, auch für die Frauen, innerhalb der Gemeinschaft, vor allem dann, wenn sie Teil der Lösung sein wollen und auch mitbestimmen wollen. Trotzdem sage ich, dieser Prozess wird nicht gelöst, indem wir jetzt unterscheiden zwischen jesidischen Männern/jesidischen Frauen, sondern der kann nur gemeinsam gelöst werden. Diesen Emanzipationsprozess müssen auch die Männer mit durchlaufen. Aber Biografien wie unsere, mit Verlaub, wären doch nicht möglich, wenn wir nicht auch einen Teil in unserer Kultur hätten, den überwiegenden, der diesbezüglich sehr progressiv liberal und offen ist. Deswegen sage ich es nochmal, um Ihre Frage ganz konkret zu beantworten: Die Tatsache, dass es so knapp war, dass die Kinder auch als Jesiden akzeptiert werden, birgt für mich auch ein hoffnungsvolles Moment dahingehend, dass wir uns Lösungsansätze überlegen müssen, damit wird die Frauen – ich sage es nochmal – die sich befreit haben, auch als Mütter, nicht in dieser Zwischenwelt verharren lassen, quasi Tür an Tür

mit ihren Peinigern, Vergewaltigern und mit den IS-Frauen, die auch eine riesengroße Rolle spielten und die ihre Nachbarn in den Al Hoy Camps sind. Deswegen sage ich es nochmal: Wenn Sie wollen, dass dieses Problem gelöst wird, dann müssen Sie uns dabei unterstützen, auch als Mehrheitsgesellschaft, auch als Deutschland und auch mit diesen Sonderkontingenten, damit wir diesen besonders vulnerablen Frauen eine Möglichkeit bieten können, die sie eben nicht zu Spielbällen macht. Ich sage aber auch das nochmal abschließend: Der Transformationsprozess ist beispiellos und nicht frei von Konflikten, sowie in keiner Kultur. Es gibt einen sehr verbindenden Teil. Es gibt immer auch einen toxischen Teil, aber dem begegnen wir so offen und ehrlich, dass ich mir das manchmal auch von manch anderem wünschen würde.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Dr. Kizilhan.

SV Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan: Ich würde auch gerne etwas zu den Kindern sagen und im Vergleich zu Frau Tekkal vielleicht ein bisschen radikaler oder klarer formulieren, was eigentlich Sache ist. Wir haben im Augenblick zwölf jesidische Frauen, die von uns in den Flüchtlingscamps behandelt werden, in Dohuk. Sie durften nur nach Hause kommen, wenn sie ihre Kinder irgendwo in Syrien oder Mosul lassen, weil die jesidische Gemeinschaft gesagt hat, wir wollen die Kinder nicht. Psychologisch verstehe ich die jesidischen Familien. Auch Männer, deren Frauen vergewaltigt wurden und mit einem Kind zurückkommen. Da sagt der Ehemann, ich kann dieses Kind nicht bei mir aufnehmen. Religiös gibt es noch die anderen Gründe. In Bezug auf den Status quo im Augenblick, auch durch den hohen Rat der Jesiden, da erwarte ich keine Veränderung. Eindeutig nicht. Das heißt, die Jesiden werden diese Kinder nicht akzeptieren und sie werden sie schon gar nicht als Jesiden akzeptieren. Wir haben 2018 mit Hilfe einiger Minister versucht, den hohen Rat der Jesiden zu überzeugen, zu sagen wir haben nichts gegen diese Kinder. Es ging nicht darum, sie als Jesiden zu akzeptieren, sondern wir haben nichts dagegen, wenn die Mütter mit ihren Kindern zurückkommen. Wir lassen sie einfach



frei leben und sie sollen entscheiden. Diese Veröffentlichung des hohen Rates der Jesiden hat nicht länger als drei Tage gedauert. Es gab erheblichen Widerstand, sowohl von der Diasporagemeinschaft hier in Deutschland, als auch von der patriarchalen Gesellschaft im Irak. Das ist der Status quo. Das war auch einer der Gründe, warum wir mit der heutigen Außenministerin 2019 das Gebiet vor Ort besucht und gesagt haben, wir müssen ein Sonderkontingent schaffen, weil diese Frauen und deren Kinder, die zusammenleben wollen, keine Überlebenschance haben. Weder die Kurden, weder die Jesiden noch Bagdad interessieren sich für diese Gruppe. Wir reden etwa von 300 Frauen mit mehr oder weniger 400 Kindern, nach dem, was wir für Anrufe bekommen und Listen zur Verfügung haben. Das ist genau das, Herr Lucks, was wir auch als Taskforce bezeichnen. Wir sagen, Menschen müssen vor Ort bleiben. Menschen müssen dort behandelt werden. Das ist das, was wir mit unserem Institut und der Fachkräfteausbildung machen, Fluchtursachen bekämpfen. Wir versuchen, den Jesiden in ihren Heimatländern mit allen Möglichkeiten zu helfen. Aber es gibt Gruppen, die nicht überleben können und da müssen wir ohne große Bürokratie versuchen, die Menschen hierher zu holen, um ihnen zu helfen. Das vielleicht zu den Kindern und das musste – glaube ich – auch hier in aller Deutlichkeit so gesagt werden. Dann möchte ich auf die Traumabehandlungen zurückkommen: Herr Heidt, wir profitieren auch davon, das heißt es gibt einen Transfer von Wissen und Know-how. Das heißt, das, was wir in der westlichen Vorstellung von Psychotraumatologie, von Behandlung von psychischen Erkrankungen, der Seelenerkrankung wissen, funktioniert in vielen Ländern der Welt nicht. Die Technologie ist richtig, der Ansatz ist richtig, Krankheitsverständnis und Krankheitsverarbeitung sind in anderen Ländern aber völlig fremd und völlig anders. Das ist ein Neubeginn, was wir machen. Wir haben einen neuen Transfer, das heißt wir lernen auch mit unseren Experten die weltweit mit uns dorthin kommen und dort die Leute ausbilden. Professorinnen und Professoren aus der ganzen Welt begleiten uns dort. Aber wir bringen auch diesen Transfer nach Deutschland, weil wir 25 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund

haben, Tausende von Geflüchteten, die aus Irak, Pakistan gekommen sind. Das heißt, wir nutzen diesen Transfer, um auch hier einzusetzen, was wir dort gelernt haben aus traditionellen Gemeinschaften, damit wir hier wirksam sind. Die Traumaarbeit und das andere bei den Jesiden, was wir neu in der Wissenschaft gelernt haben und tatsächlich hier auch einen Meilenstein gesetzt haben, sind transgenerationelle Traumata in Verbindung mit kollektiven Traumata und individuellen Traumata. Das heißt, wir haben drei Typen von Traumata bei den Jesiden, die bisher weltweit in der Wissenschaft noch nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Wenn wir diese 72 Genozide nicht berücksichtigen, die in dem Narrativ da sind, und wenn wir das kollektive Trauma des Shingals, des Genozids nicht berücksichtigen, können wir das Individuum nicht behandeln, weil alle drei zusammenhängen. Vielen Dank.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Nastic für DIE LINKE.

Abg. Zaklin Nastic (DIE LINKE.): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Kaba, wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass nicht nur die direkten Täter, sondern auch die Hintermänner zur Rechenschaft gezogen werden, auch für die künftige Entwicklung, also nicht nur der Opfer, sondern auch innerhalb der Gesellschaft? Das spielt auch eine Rolle. Sie sprachen von der aussichtslosen Lage für viele jungen Menschen, von extremer Armut bis eben zur Bedrohung der Existenz und von Hunger und dass auch da die Gefahr des Religionswechsels einfach als Druck stattfindet. Der IS ist offiziell besiegt worden, aber deswegen noch lange nicht verschwunden. Viele Augenzeuginnen haben mir ganz klar berichtet – auch als ich gerade einige Tage in Kobane war – dass die Türkei im Norden Syriens mit Teilen des IS und der Taliban zusammen kämpft. Deswegen richte ich meine Frage an Sie, denn Sie haben sich in diese Richtung geäußert, dass es positiv zu bewerten war, aber jetzt massiv bedroht ist, auch durch die Türkei, also dass äußere Interventionen und militärische Mittel solche Demokratien von unten her zerstört haben in letzter Zeit. Was wären diesbezüglich Ihre Lösung oder Wünsche? Vielleicht auch an Frau Tekkal: Sie sprachen



davon, ich zitiere Sie, ich habe es mir aufgeschrieben: „Wenn wir den Menschen die Hoffnung nehmen, geht die Saat des IS auf.“ In Anlehnung an das, was ich gerade zitiert habe – es wurde sehr viel zerstört in den letzten zwei Jahren, was aufgebaut wurde. Sie sprachen auch davon, dass die Mittel eher noch knapper werden durch andere Kriegs- und Krisenregionen. Was erwarten Sie von uns als Politikerinnen und Politiker und auch von der Bundesregierung, um diese Saat, die der IS gesät hat, eben nicht aufkeimen zu lassen und wieder Hoffnung einkehren zu lassen, für die Menschen vor Ort?

Der stv. **Vorsitzende:** Vielen Dank. Herr Kaba.

SV Yilmaz Kaba: Sehr geehrte Abgeordnete Nastic, vielen Dank für die meines Erachtens sehr wichtige Frage. Der Islamische Staat ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern wir wissen, und auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat es nach mehrfacher Anfrage zum Beispiel der Linksfraktion immer wieder auch dargelegt, dass auch vor allem die Türkei, Saudi-Arabien und Katar mitverantwortlich sind für die Entstehung des Islamischen Staates und vor allem auch für die nicht zumutbare politische Situation, an der leider und trauriger Weise, auch die internationale Staatengemeinschaft, wie zum Beispiel der Irak, also spricht die USA, mitverantwortlich ist – und in der der Islamische Staat entstanden ist. Wir wissen – auch ich war des Öfteren in Rojava als Mitglied von verschiedenen Delegationen unterwegs und die Selbstverwaltung und auch die militärischen Einheiten vor Ort haben uns des Öfteren dargelegt – dass die meisten Mitglieder des Islamischen Staates, die nicht aus dem Irak und nicht aus Syrien gekommen sind, sondern dass sie vor allem über die Türkei in die Region gekommen sind, und das ohne Probleme. Sie hatten meistens einen Stempel von den Flughäfen in der Türkei. Und sie haben es in ihren Stellungnahmen auch immer wieder zur Sprache gebracht, die Gefangenen in den Gefangenschaften der Selbstverwaltung und die militärischen Einheiten vor Ort, dass vor allem die Türkei mitverantwortlich dafür ist, dass der Islamische Staat so stark werden konnte, wie er geworden ist, so dass er letztendlich überhaupt die

Möglichkeiten hatte, die Region militärisch zu zerstören. Das heißt, wenn wir wirklich eine aufrichtige und ehrliche Aufarbeitung des Völkermords haben möchten und vor allem verhindern möchten, dass dieses in Zukunft wieder geschieht, dann müssen die Hintermänner, dann müssen auch die Ursachen beim Namen genannt werden. Auch die internationale Politik im Zusammenhang mit einem Staat wie der Türkei und auch andere Staaten, die solche radikalen islamistischen Milizen, Organisationen mit unterstützen. Wir wissen aktuell, dass gerade in Afrin oder auch in Ras Al Ain, also spricht in kurdischem Gebiet, dschihadistische und islamistische Ableger, die von der Türkei in die Richtung geschickt werden, die Region terrorisieren. Wir hören immer wieder, und das habe ich auch bei den Gesprächen, die ich vor zwei Wochen in der Region hatte, immer wieder wahrgenommen, dass die große Gefahr besteht, dass man sich in diesen Camps, wie zum Beispiel in Camp Hoy, immer wieder neu organisiert. Wir hören tagtäglich von Grausamkeiten, davon dass Menschen, dass Frauen, die sich in dem Camp nicht zum IS bekennen, ermordet werden. Die Selbstverwaltung vor Ort wird im Stich gelassen. Das heißt, wenn wir eine aufrichtige und ehrliche Aufarbeitung und die Anerkennung des Völkermords haben möchten und dies vor allem auch im Sinne der Opfer des Genozids des Völkermords, dann müssen wir die Selbstverwaltung vor Ort unterstützen, die Milizen des Islamischen Staates in ihren Herkunftsländern vor Gericht bringen und auch dafür sorgen, dass Staaten, die mit involviert waren oder die nur zugeschaut haben, dass sie auch entsprechend beim Namen genannt werden, nicht nur für die Jesiden, sondern für alle anderen Minderheiten oder andere Glaubensgemeinschaften. Wir haben es vorhin gehört, dass manche Sachen noch nicht beim Namen genannt werden können, wie zum Beispiel die Gefahr des Völkermords gegenüber den christlichen Gruppierungen in der Region. Auch die sind in großer Gefahr. All die Menschen, die nicht zu dem menschenverachtenden Weltbild des Islamischen Staates passen, sind in großer Gefahr, denn der Islamische Staat organisiert sich immer wieder in dieser Region und stärker denn je, wahrscheinlich durch das politische Vakuum, welches durch die Zentralregierung des Iraks und



der Regionalregierung in Kurdistan, aber auch Syriens herrscht.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Kaba. Frau Tekkal.

Sve Düzen Tekkal: Ich glaube tatsächlich, dass die gegenwärtige Situation auch vor dem Hintergrund der Ukraine zeigt, was passiert, wenn wir uns Despoten und Unrechtsregimen nicht entgegenstellen. Syrien, Irak und Afrin waren die Blaupause und nichts ist so gefährlich wie Kriege, an die wir uns gewöhnen. Ich glaube tatsächlich, dass genau jetzt auch dieses Bewusstsein dafür da ist. Das heißt, dass wir es mit Unrechtsregimen zu tun haben, wie beispielsweise den Taliban in Afghanistan, wie Putin, wie Assad oder eben auch der Türkei, die entmenslichen und die Teil des Problems sind und die uns im Grunde genommen mit Geflüchteten erpressbar gemacht haben, weil wir es zugelassen haben. Wenn Sie jetzt fragen, was wir machen müssen, dann geht es um die Handlungsfähigkeit Europas, um die Grundsatzfragen, was es bedeutet, im Frieden zu leben und das es keine Selbstverständlichkeit ist; dass auch Europa auf Kriegssasche gegründet ist und dass diese Kriege, die so weit weg sind – wie Goethe das mal viel schöner gesagt hat, im Sinne von, die sollen sich die Köpfe einschlagen, ich gucke aus dem Fenster und es ist mir doch egal, was passiert – das ist vorbei. Das ist einfach vorbei. Ich glaube, es ist wichtig sich selber ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass in dem Moment, wo Minderheiten als Minderheiten angegriffen werden, dass das immer eine Warnung ist, ein Seismograf für offene Gesellschaften, gegen totalitäre. Das heißt, wir brauchen Grundsatzantworten – losgelöst von der Frage der Jesiden, die sehr zentral ist, aber die uns Grundsatzantworten geben kann, was Menschlichkeit bedeutet und was Humanität und menschenrechtsgeleitete Politik der Zukunft angeht, die die Menschenrechte in den Fokus, in den Mittelpunkt rückt. Das heißt, wir müssen diesen Begrifflichkeiten doch mal konkrete Handlungsstränge geben. Wenn Sie mich fragen, was das bedeutet: Es bedeutet uns alles, heute hier zu sein und im Herzen der Demokratie, im Deutschen Bundestag, über unsere Religionsgemeinschaft zu sprechen, die bedroht

wird, seitdem es sie gibt, die nie erwähnt werden durfte. Allein, zu sagen „Ich bin Jesidin in Deutschland“, bedeutete zu meiner Schulzeit, „was ist das überhaupt“. Und das war noch die nette Antwort. Die nicht so nette war „Ihr seid doch Ungläubige.“ Und alles das gehört dazu und alles das führt hinterher zu der Entmenslichung. Deswegen ist es uns ein Herzensanliegen und ein Menschenanliegen, dass wir für die Zukunftsfähigkeit dieser Religionsgemeinschaft sind, die von der Landkarte verschwindet, wenn wir uns nicht gemeinsam hinter sie stellen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, vor allem dann, wenn es um Religionsgruppen geht, die keine Lobby haben, die niemandem was nützen, die immer nur auf dem falschen Fleck sitzen. Es kann nicht sein, dass geopolitische, wirtschaftliche Interessen da drüber stehen. Das zeigt uns gegenwärtig auch die Situation der Ukraine. Ich will es nochmal sagen – auch die Situation um Putin herum, der auch seine Finger im Spiel hatte und hat, in Syrien beispielsweise, im Irak. Die Jesiden haben schon lange verstanden, was es heißt, zum Spielball geopolitischer Interessen zu werden. Wenn wir die Widerstandskraft des mutigen ukrainischen Volkes hervorheben, dann sollten wir die Widerstandskraft dieser Gruppen nicht hinten anstellen, sondern wir sollten grundsätzlich erkennen, dass die Verfassungsfeinde gleichermaßen bekämpft werden müssen und die offenen Gesellschaften und Menschen, die ums Überleben kämpfen, die im Diesseits leben und sich nicht aufs Jenseits konzentrieren, dass die all unsere Unterstützung verdient haben, weil es sonst wie ein Boomerrang zurückkommt. Die Jesiden haben 2014 gesagt hier vor dem Bundestag: „Heute wir, morgen ihr“, die Ukrainer haben gesagt: „Heute wir, morgen ihr“ und so können wir das weiterdrehen. Da geht es gar nicht um Angstmacherei. Das ist ein realistischer Fakt, dass wir uns in den nächsten Jahrzehnten mit anderen Problemen auseinandersetzen müssen und Sie können jetzt zeigen, wie Sie mit Völkermördern umgehen, aber auch, wie Sie mit Religionsgemeinschaften umgehen, die geschützt werden müssen.

Der stv. Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Tekkal. Das hätte sich schon beinahe angeboten für ein flammendes Schlussplädoyer. Wir haben aber



noch eine Schlussrunde. Ich danke zunächst erstmal meinen Kolleginnen und Kollegen für die gestellten Fragen, den Sachverständigen für die Antworten, die an Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit nicht zu überbieten waren. Ich möchte aber jeden einzelnen Sachverständigen jetzt nochmal für sich persönlich zu einem jeweils dreiminütigen Abbinder bitten, damit wir nochmal auf den Punkt gebracht bekommen, was die Message aus den Fragen heraus resultierend für die Sachverständigen ist. Herr Alkaidy, das Alphabet ist auf Ihrer Seite.

SV Gohdar Alkaidy: Nicht nur das Alphabet, vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Sachverständige, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Freunde und Familie, mir bleibt gar nichts anderes übrig, als mich eigentlich aus ganzem Herzen nochmal bei Ihnen allen dafür zu bedanken, dass Sie mit dieser Sitzung zeigen, dass auch der einfache Bürger – dazu zähle ich mich – nicht nur Teil unserer Demokratie ist, sondern diese aktiv mitgestalten und an ihr teilhaben kann. In 44 Tagen jährt sich der Völkermord an den Jesidinnen und Jesiden zum achten Male. Acht Jahre, in denen das jesidische Volk zum allergrößten Teil nicht nur obdach-, sondern auch heimatlos geworden ist. Acht Jahre, in denen der Völkermord am jesidischen Volk auf einer anderen Ebene stattfindet. Acht Jahre, in denen Jesidinnen und Jesiden in Flüchtlingslagern und fernab ihrer verwaisten Heimat Shingal auf ein Zeichen, auf Hoffnung warten. Dieser Hoffnung wurde heute in dieser Sitzung eine Form gegeben, die für uns Jesiden von unschätzbarem Wert ist. Vielen Dank dafür. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich auch jenen meinen Dank aussprechen, die ab der ersten Stunde dieser dunklen Episode der jesidischen Geschichte Taten sprechen ließen. Aus ganzem Herzen bedanke ich mich bei der Landesregierung Baden-Württembergs für den unermüdlichen Einsatz, für acht Jahre unermüdlichen Einsatzes für Jesidinnen und Jesiden, für Menschlichkeit. Auf Initiative von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und unter der Leitung des Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, wurden bereits unmittelbar nach Beginn des Völkermords am 3. August 2014 alle Hebel in Bewegung gesetzt und tausenden Personen

Zuflucht und Zugang zu medizinischer Betreuung gewährt und im Rahmen des Sonderkontingents schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak nach Deutschland geholt. Hier hat Frau Taha eindrücklich erzählt von ihrer Geschichte und dass auch sie mit dem Sonderkontingent nach Deutschland gekommen ist. Erlauben Sie mir bitte noch einen letzten Hinweis: Ja, die Täter des Völkermords haben vorgegeben im Namen des Islam zu handeln. Ja, ihre Anführer haben sich islamische Namen gegeben und unter ihrer schwarzen Flagge haben sie unaussprechliche Verbrechen begangen. Wir haben heute über den Völkermord gegen die Jesidinnen und Jesiden gesprochen, der von den Tätern religiös begründet wurde. Ich musste jedoch mit Entsetzen feststellen und auch hier in der Runde ist es aufgekommen, dass mit Blick auf die Täter verallgemeinernd von Muslimen gesprochen wird. Lassen sie mich bitte klar und deutlich sagen, es waren Terroristen, die diesen Völkermord begangen haben. Ich möchte ausdrücklich all jenen Menschen danken, die unter größten persönlichen Risiken unzählige Jesidinnen und Jesiden gerettet haben, unter ihnen sehr viele Muslime. Die jesidische Gemeinschaft braucht jetzt Heilung und Versöhnung, nicht Spaltung, Hetze und Angst. Die Zukunft der jesidischen Gemeinschaft im Irak hängt insbesondere davon ab, dass sie in Frieden Tür an Tür mit den Anhängern aller Glaubensrichtungen zusammen leben kann. Daher will ich mit einer Strophe aus einem jesidischen Gebet abschließen, wenn Sie erlauben Herr Vorsitzender: „Oh Herr, erbarme dich den 72 Völkern, den Kranken, den Gefangenen, den Flüchtenden, den Armen, den Mittellosen, den Verzweifelten und dann erst uns Jesiden.“ Vielen Dank.

Der stv. Vorsitzende: Dankeschön. Herr Prof. Dr. Jeßberger.

SV Prof. Dr. Florian Jeßberger: Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Gelegenheit für ein Schlusswort. Ich kann es im Grunde sehr kurz machen. Meine spezifische Expertise betrifft nur einen kleinen Ausschnitt der Fragen, die heute hier verhandelt wurden und im Grunde sind diese Fragen schnell und einfach beantwortet. Die Fragen nämlich nach der strafjuristischen



Bewertung der Vorgänge, die den Gegenstand dieser Anhörung bilden. Herr Ritscher sagte vorhin ganz richtig, es gibt im Grunde keine zweite juristische Meinung darüber, wie diese Vorgänge zu bewerten sind – als Völkermord, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als Kriegsverbrechen. Wichtig, und das möchte ich nur noch einmal betonen, erscheint mir, dass die juristische Verhandlung, die juristische Debatte über diese Vorgänge auch diese Sprache benutzt, und nicht die Sprache etwa des Terrorismusstrafrechts, und nicht die Sprache des gewöhnlichen Strafrechts, wie es zum Beispiel im Irak mangels einer spezifischen Rechtsgrundlage anwendbar ist. Das ist auch beides einschlägig, aber ich glaube doch, dass es notwendig ist, den spezifischen Unrechtsgehalt dieser Verbrechen, über die wir hier heute gesprochen haben, auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass die Worte benutzt werden, die juristisch dafür vorgesehen sind und das sind eben die Worte des Völkerstrafrechts. Damit möchte ich es bewenden lassen und danke Ihnen sehr für die Möglichkeit, heute hier dabei zu sein.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihren Sachverstand. Herr Kaba.

SV **Yilmaz Kaba**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Abgeordnete, Vertreter des Ausschusses und natürlich geladene Sachverständige. Für einige ist es wahrscheinlich nur die 15. Sitzung des Ausschusses, aber für die jesidische Glaubensgemeinschaft ist das eine historische Sitzung. Wir haben hier die Möglichkeit bekommen, uns zu den Gräueltaten, den Kriegsverbrechen, den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu äußern und vor allem auch interessante und informative Stellungnahmen zu hören. Wir können hier gemeinsam ein Zeichen setzen, ein Zeichen der Geschlossenheit, der klaren Botschaft, dass es in unserer Weltanschauung keinen Platz für Völkermorde gibt, dass es keinen Platz für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt. Wichtig ist, was ich auch in meinen Antworten und in der Stellungnahme zur Sprache gebracht habe, wichtig ist vor allem für die Jesiden, sei es jetzt eine Schutzzone oder irgendeine Taskforce oder wie auch immer, dass die Jesiden in jeder

Hinsicht mit einbezogen werden. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, die Nichteinbeziehung der Jesiden führt immer wieder dazu, dass sie zum Spielball geworden sind und zu Opfern gemacht wurden in dieser Region. Deswegen haben wir die Möglichkeit – mit der Anerkennung des Genozids, mit der Anerkennung der Jesiden als Glaubensgemeinschaft – die zukünftige Arbeit der Jesiden und deren Freunde hier in Deutschland zu unterstützen und uns weiterhin für die Jesiden einsetzen zu können. Wenn wir hier, gestärkt in Deutschland, ein Zeichen setzen können, gerade als die größte Gruppe der Jesiden außerhalb ihrer Heimat, ist das ein wirklich sehr starkes Symbol und ist das eine Motivation. Das beflügelt auch die Jesiden vor Ort, sich nicht unterkriegen zu lassen und trotz der Gegebenheiten, trotz der menschenverachtenden Gegebenheiten, sich dort wieder aufzurappeln und Mut zu fassen – was sie auch schon nach 2014 gemacht haben – dass sie dort sich weiterhin für ihre Existenz einsetzen, vor allem für die Selbstverwaltung, die es dort in Shingal schon gibt, und auch für die Selbstverteidigung. Dies sind wichtige Bestandteile, die trotz der Gegebenheiten des Völkermords vor Ort gelebt werden. Es ist wichtig, dass man diese weiterhin unterstützt, dass man sie weiterhin mit aufbaut und das man die entsprechenden politischen, gesellschaftlichen, aber auch militärischen Einheiten der Jesiden mit einbezieht in den weiteren internationalen Vorhaben für die Einheit, für den Schutz der Jesiden, nicht nur im Irak, sondern weltweit. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Dr. Kizilhan.

SV Prof. Dr. Dr. **Jan Ilhan Kizilhan**: Auch meinen herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier zu berichten. Ich möchte folgendes sagen: Wenn wir eine friedliche Zukunft haben wollen, müssen wir die Vergangenheit verstehen und die Vergangenheit verarbeiten. Wir haben vieles aus der Holocaustforschung gelernt. Das steht den Jesiden noch bevor. Dazu gehört auch die Verarbeitung der historischen Traumata und der historischen Genozide an den Jesiden, von wem und wie auch immer ausgeführt. Seit im Jahr 1776 der Imam in



Istanbul durch das Osmanische Reich einen Ruck schickte und sagte: „Die Jesiden sind Sonnenanbeter“, wurden sie als Sonnenanbeter bezeichnet. Sie gehören zum Gebiet des Sal Arhab, dem Kriegsgebiet. Ihnen darf ihr Eigentum genommen werden und ihre Frauen auch als Besitz. Das ist das, was der IS auch verwirklicht hat. Das heißt auch, dass eine historische Verarbeitung notwendig ist, um gemeinsam in einem Dialog, in einem Friedensprozess miteinander im Irak, in Shingal, mit den Nachbarn und anderen Gebieten zu leben. Diese Chance haben wir in der Türkei verpasst. Das Osmanische Reich hat dieses nicht verwirklicht und verleugnet dies bis heute und auch den armenischen Genozid, aber auch den an den Assyriern und den an anderen Minderheiten. Wir leiden heute noch darunter, dass die zukünftige Generation diese Verarbeitung nicht abschließen kann. Für die Jesiden hat das 2014 zu einem Bruch in der Gesellschaft geführt. Es hat sie verheerend so sehr verändert, so dass ich mir nicht sicher bin, ob sie es wirklich schaffen werden, wieder auf die Beine zu kommen. Ich hoffe es, ich wünsche es mir. Denn die Seele dieser Menschen ist so sehr verwundet worden, dass einige ihren Glauben verloren haben, einige nicht mehr wirklich leben können, einige schwer depressiv und traumatisiert sind und unsere Realität verlassen haben. Wenn Jesiden sich heute auch manchmal aggressiv in der Gesellschaft auseinandersetzen, dann ist das auch ein Einfluss dieser Traumata, welche sie im Augenblick noch nicht verarbeitet haben. Es ist also ein langer Weg, in dem die Jesiden davor stehen werden, dieses zu verarbeiten. Im Irak und in Kurdistan brauchen wir dringend psychosoziale Unterstützung in den Camps. Sie ist nicht ausreichend. Die Kinder werden nicht versorgt. Wir schaffen es nicht, die Frauen und Kinder psychosozial und psychotraumatisch zu versorgen. Wir brauchen Hilfe von außen. Alleine werden wir es nicht schaffen, dass die Menschen dort einigermaßen auf die Füße kommen. Sie brauchen wieder Hoffnung, denn Hoffnung ist der Motor des Lebens. Ansonsten haben wir Suizidfälle, wie 2020, als sich innerhalb eines Monats 11 Frauen im Alter zwischen 15 und 20 das Leben genommen haben. Die Suizidraten sind hoch in den Flüchtlingscamps, vor allem auch, was wir jetzt beobachten, bei den Männern, weil sie keine

Zukunft haben. Dazu gehört, dass wir versuchen, ihnen, eine Zukunft zu geben und dort vor Ort konkret zu helfen mit konkreten Maßnahmen, damit sie dort nicht das Gefühl haben, alleine zu sein. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Dr. Ortaç.

SV Dr. **Irfan Ortaç**: Vielen Dank. Ganz herzlichen Dank für die Einladung und dass ich hier meine Sicht der Analyse darlegen darf. Ich glaube, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, in dem Endergebnis, dass es ein Genozid war und dieser eigentlich noch weiter läuft, sind wir uns nahezu alle einig. Aber auf dem Weg dahin, in der Analyse, habe ich hier festgestellt, dass wir unterschiedliche Bewertungen, so glaube ich, haben. Aber auch das spricht für Deutschland, das auch unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Ansichten in einem Raum zusammenkommen, um über eine Sache zu debattieren und zu reden. Herr Prof. Dr. Kizilhan spricht von der Hoffnung – das teile ich uneingeschränkt. Die Hoffnung ist das A und O für die Menschen, damit sie dort weiterleben können. Ich war selber auch sehr oft dort in der Region und wir haben sowohl in der Diaspora, aber auch dort vor Ort, immer wieder von Hoffnung gesprochen und unsere Hoffnung war in der Tat, dass der IS besiegt wird. Als der IS besiegt wurde, sind die Menschen auch zurückgekehrt. Wir reden von fast 100 Tausend. Ja, unter schwierigen Bedingungen, aber die Menschen sind zurück und wollen eigentlich weiterhin zurück. Wir erleben allerdings, und auch das ist ein Fakt, dass es eine Wiederrückkehr gibt. Das heißt, obwohl der IS nicht dort ist, bleiben die Menschen nicht dort. Deswegen reden wir mit unterschiedlichen Menschen, mit unterschiedlichen jesidischen Gruppen, die dann sagen, dass sie dort keine Möglichkeit haben, weil es dort keine staatlichen Strukturen gibt, um sich ein Leben, eine Hoffnung aufzubauen. Unter nichtstaatlichen Strukturen, unter Gesetzeslosigkeit ist es extrem schwierig. Ich habe vorhin nicht umsonst die Personen aufgeführt, die hier im Raum sind. Das sind Anführer der Shingalis, der dortigen Stämme. Sie wünschen sich ausdrücklich staatliche Strukturen. Das möchte ich hier nochmal ausdrücklich betonen.



Ein Leben unter Milizen, ob es jetzt die PKK ist oder Hahdesh Shabi ist oder andere Milizen, ist für Jesiden in Shingal nicht möglich. Es sind immerhin 200 Tsd. Menschen die in den IDP Camps in Kurdistan sind, denen es nicht möglich ist, in diese angeblich so tolle Gegend unter Hahdesh Shabi oder PKK zurückzukehren. Das ist die eine Sache, die ich hier betone. Die nächste Sache ist – noch einen Satz vielleicht, wenn ich das dürfte – das ist nämlich das Thema Unterstützung. Wir unterstützen in der Tat auch Ermittlungsbehörden. Das haben wir mal in einem anderen Zusammenhang getan. Das Thema Identität – Identität ist Menschenwürde. Meine Damen, meine Herren, es ist wichtig, ob es uns gefällt oder nicht, jesidische Menschen haben eine eigene Identität und ihre Identität müssen wir respektieren. Das ist ganz, ganz wichtig, dass wir ihnen nicht unsere Identität aufzwingen, sondern ihre Identität verstehen, so wie sie sich selbst wahrnehmen. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Ritscher.

SV Christian Ritscher: Auch ich darf mich nochmal herzlich bedanken für die Einladung hier zu dieser – auch aus unserer Sicht – sehr wichtigen Anhörung, die viele Aspekte beleuchtet hat. Ich war vor ziemlich genau einem Monat mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Verhinderung von Völkermord, Alice Nderitu, in der Region im Shingal und auch im Nordirak und wir haben uns selber auch – also ich zum wiederholten Male – ein Bild von der Lage dort vor Ort machen können. Wir haben natürlich das Leid in den IDP-Camps gesehen und – wie Frau Taha gerade gesagt hat – wie sieben Personen in einem Zelt leben. Das kann so nicht weitergehen. Das muss man klar sagen. Aber auf der anderen Seite habe ich durchaus auch Hoffnung gesehen und wir sind mit jungen Jesidinnen und Jesiden in Diskussionen gewesen. Wir haben Arbeitsprojekte gesehen, die insbesondere jesidische Frauen in Arbeit gebracht haben, was ihnen Hoffnung und Struktur verleiht, und wir haben auch mit jungen Leuten diskutiert. Da kam immer wieder zum Ausdruck, wie wichtig es ist, dass von der Weltgemeinschaft anerkannt wird, was den Jesiden widerfahren ist durch diesen Angriff des

IS und die Verwirklichung scheußlichster Verbrechen durch die IS-Kämpfer gegenüber Jesidinnen und Jesiden. Das ist das, wofür UNITAD steht, und ich freue mich deshalb sehr, dass hier ernsthaft darüber diskutiert wird, den Völkermord an den Jesidinnen und Jesiden in einem politischen Akt anzuerkennen und letztendlich dann auch von Seiten des Deutschen Bundestags und damit Deutschlands als Land anzuerkennen, was damals den Menschen widerfahren ist und das nicht in Vergessenheit geraten zu lassen – gerade auch vor dem Hintergrund anderer weltpolitischer Ereignisse, die die Neigung haben, die tagespolitische Debatte komplett zu bestimmen. Das war es, was ich abschließend noch sagen wollte. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Taha.

Sve Hakeema Taha: Vielen Dank nochmal für die Einladung. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für die Gelegenheit, die Sie mir gegeben haben, meine Geschichte hier erzählen zu dürfen. Ich bedanke mich für die Hilfe, die ich bisher bekommen habe. Ich danke Ihnen im Namen aller Jesiden für die Hilfe, die wir bisher bekommen haben. Ich wünsche mir weitere Sonderkontingente für die Frauen und für die Kinder, damit sie eine Chance im Leben bekommen, dass die Frauen arbeiten können und dass die Kinder in die Schule gehen, damit sie eine Zukunft in ihrem Leben bekommen. Vielen Dank nochmal.

Der **stv. Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Tekkal, ich vermute, Sie machen das sehr schwungvoll jetzt als letzte.

Sve Düzen Tekkal: Ja, ich habe davor schon die Schlussrede für mich gehalten. Insofern würde ich sagen, es geht um universelle Menschenrechte. Es geht um die Herstellung von Gerechtigkeit und es geht vor allem um Heilung. Ich finde, das Hakeema Taha heute eigentlich eindrucksvoll dargelegt hat, was es bedeutet, zu helfen oder im Umkehrschluss eben nicht zu helfen und Menschen im Stich zu lassen. Deswegen geht es darum, dass das, was die Menschen, die Opfer dieses Völkermords geworden sind, von uns



unterscheidet, dass der Grund dafür einfach war, dass sie zur falschen Zeit am falschen Fleck waren und unser Glück war, dass wir nicht dort gewesen sind. Als ich 2014 den Entschluss gefasst habe, mein sicheres Deutschland hinter mir zu lassen und damit zur Chronistin des Völkermords geworden bin, habe ich mir geschworen, dass ich nie wieder weggucke, wenn Menschenrechte verletzt werden. Aber dieser Kampf wäre nichts wert, wenn wir keine Weggefährten hätten. Ich möchte mich bedanken bei allen Parteien, die heute vertreten sind, die am Prozess dieser Heilung maßgeblich beteiligt sind, die auch uns manchmal Hoffnung geben, wenn wir müde sind, weil sie uns zeigen, dass wir doch nicht alleine sind. Deswegen glaube ich, dass die Anerkennung dieses Völkermords von großer symbolischer

Bedeutung ist, auch über das jesidische hinaus, wenn wir das wirklich einlösen wollen mit den universellen Menschenrechten. Herzlichen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir haben jetzt drei intensive Stunden hinter uns. Ich möchte mich auch bei den Gästen auf den Tribünen ganz herzlich bedanken. Es ist selten, oder ich habe es schon lange nicht mehr erlebt, dass die Tribüne so voll ist. Das liegt natürlich an dem Thema selber, aber es zeigt natürlich auch, wie wichtig das Thema ist, dass es Ihr Anliegen ist und Respekt für das, was Sie antreibt, wofür Sie kämpfen, was Sie verteidigen. In diesem Sinne – ich schließe die Sitzung. Herzlichen Dank.



Schluss der Sitzung: 13:58 Uhr

Norbert Maria Altenkamp, MdB
Stellvertretender Vorsitzender